

# Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in  
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXIX. Jahrgang

Berlin, 6. März 1925

Nummer 10

## INHALTSVERZEICHNIS

Reichspräsident Ebert † ..... E. D.  
Rechtsprechung des Zentralausschusses zur Auswahl I ..... R. B.  
Bildungsarbeit der Filiale Essen ..... Dr. Lopp  
Lehren aus der Breslauer Lohnbewegung ..... F.  
Die moderne Jugendbewegung und Fritz Ebert ... Paul Kampffmeyer.  
Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Gas, Wasser, Elektrizität  
Aus unserer Bewegung • Verbandsteil • Internationale Rundschau  
Rundschau.

### Technik und Wirtschaft:

Kommunale Technik, Finanzen und Arbeiterpolitik ..... Victor Koad.  
Landeselektrizitätsversorgung im Freistaat Sachsen ..... Paul Barthel.  
Ein neuartiger Dampfkessel ohne Wasserraum ..... Dr. ing. Berner.



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 35, Schlesische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz, 3105/06, 119 44

## Betten

centr. lederd. Daunen-  
kÖner. 1 1/2 schiffg. groß.  
Oneibett. Unterbett u.  
1 Kiss. m. 14 Pf. grauen  
Feedergeü. it. Gebett  
Gm. 43. — dasselb. Ge-  
bett mit 2 Kiss. u. 16 Pf.  
zartweich. Federn ge-  
füllt. Gm. 63. —

## Bettfedern

graue, p. Pid. Gm. 117.  
zart u. weich, Gm. 150.  
graue Halbdaun. 325.  
Schleibied. gran. 225.  
weisse Halbdaun. 5. —  
Daunen grau 9.25, weiß  
12.50. Bettbezug a. zut.  
weiß. Linnon o. Bunt ge-  
blümt od. kar. p. Stief.  
Gm. 7.20. Allausst. Art.  
billig Must. u. Katal. tr.  
Nichtz. Geld zurück.  
Bettfedern-Großhandlung, Betten-  
fabrik, und Versand  
Th. Kranz, Kassel 269.

## Ihr Geldbeutel

wird fett, wenn Sie  
billige rauchen, es  
kostet 5 Pf. für eine  
Karte an Tabakfabrik  
„Weltweit“

## Köllner, Brechtal 197,

um Preisliste  
Riskieren Sie es, Sie  
bereuen es nicht.

## APFELWEIN

herb. Lit. 30 Pf., süß u. stark  
60 Pf., Johannisbeere 75 Pf.,  
auf all. 20 Pf. zu 1 Liter, Apfel-  
süß 10 Pf., 15 Pf. versüßter bei  
Flieschbach, Reuzle.

## Restic

wichtigste & wertvollste Ware.  
heil u. dunkel für Anzüge u.  
Kleidern versetzt geg. Nach-  
nahme von 15 Mt. Tadelager  
Fr. Thomas.  
Forsl L., Jägerstraße 17

## Käse-

Fabrik, Import  
Großhandlung,  
auch Paketversand zu  
Original-Engros-  
Preisen. Beamte 14  
Tage Ziel. Preisliste  
meiner 15 Käsesorten  
in u. sonst. Käse ist  
nahrhafter als Wurst  
oder Schinken.

## C. Armbruster,

Käsefabrik,  
Altrahelstraße Nr. 6 (Holstein)

Ziehung  
17. u. 18. März 1925

## Rote

Geld-Lotterie

zum Besten d. Landes-  
vereins v. Roten Kreuz

6835 Geld-Gewinne

in der diesj. Ziehung

M. 2000 0000

Hauptgewinn

60 0000

30 0000

10 0000

Loose à 3.30 M. Paris und  
extra versandt auch mit. Baden.

Emil Spiller, W.,  
Königsplatz, Hamburg, Holtenauer 37

Befolge Bestellung erwünscht.

## Pickel, Mitesser!

Ein einfaches, wun-  
derbares Mittel teile  
gern kostenlos mit  
Frau M. Poloni.  
Hannover A. 112.  
Edenstraße 30 A.

## Ia Schweinskopf

p. Pid. jetzt 8 Pfg.

billiger liefern ab hier.

9 Pf. frisch gemalt. . . 4.32 M.  
9 Pf. für 100 Stück. . . 5.22 M.  
9 Pf. Schw. Weisfl. sch. 3.51 M.  
9 Pf. Rindf. u. Kuh. 3.33 M.  
ab 30 Pf. per Pid. allen 6 Pfg.  
Vollpfer.

Kerogenach, beste amerik. Ware.  
W. PETER PAPE,  
Flüschw. Fabrik, Barmb. 4, \*102.

## Gar. reiner Honig

Bienen-  
Schleuder

letzter Ernte, 1. a Qual.  
feinstes, unverfälscht.  
Bienenprodukt, 10 Pfid.  
Postdose 11 M. franko  
Nachnahme.

INKREI REIMERS,  
Quickborn (Holst.) 61.

## STOFFE

an Private

zu konkurrenz. Preis.

50 Proz. Ersparnis  
Größte Auswahl  
Zahlungsrecht.

Verkau. Sie unverzüglich Muster!

Tuchversand & Krambambur,  
Eichenau b. München.

## Garderobe

aus Teilzahlung

Herren Damen

Anzüge, Hosen, Paletots, Kleider

Ulster, Paletots, Kostüme, Röcke

Gute Ware / Solide Preise

Große Auswahl

M. Beiser, Berlin, Lothringer Str. 67

## Bevor Sie heiraten

missen Sie in Ihrem eig. Interesse d. Ratsohltige  
eines erfah. Arztes über „Die Lieber- & Gedächtnis-  
des Vaters in gemau und braunen Tagen“ von Dr. med.  
A. Kühner, Eisenach, lesen. Aus diesem von  
strenge witt. Standpunkte aus geschr. Werke d.  
bekannt. Autors schöpfen Sie Kenntn. u. Tats.  
die für jed. Gebild. von unschätz. Wert sind.  
Preis dies. ca. 200 Bst. stark. m. viel Abbild.  
verseh. Werke G.M. 7.—, m. zerlegt. Modell d.  
weibl. Körpers G.M. 1.— mehr. Nur zu bezieh. v.  
W. A. Schwarz's Verlag, Dresden N 6/87

## Der grosse Erfolg

des „Carmol“ beruht auf der

Vielseitigkeit seiner Anwendung

Carmol lindert Schmerzen!

Carmol tut wohl!

Man verwendet Carmol

(Karmelitergeist) bei Er-  
kältungskrankheiten:  
Rheuma, Hexenschuss,  
Oenick-Kreuz, einfache  
Kopfl., Zahnschmerzen,  
Husten und Schnupfen,  
Vorzügl. Einreibungsmittel  
zur Auffrischung und  
Anregung der Muskeln  
und Nerven, für Sport-  
treib. bei Ueberanstren-  
gung (Wadenkrampf)

Eine Flasche Carmol ist

eine billige Hausapotheke

u. sollte in keinem Haushalt fehlen

Man verlange in Apotheken und  
Drogerien ausdrücklich Carmol

Carmol-Fabrik Rheinsberg (Mark)

Maßgarderobe

Erd. Zahlungserleichterung  
auch Anfertigung aus eig. Stoff.  
Hans Schellhorn, Schneider-  
meister, Gr. Frankf.-tr. 87 f.

## Wichtig für Betriebsräte!

## Der Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsoblenen

von Rudolf Weck,  
Berlin-Friedrichshagen

Diese Schrift enthält eine zu-  
sammenfassende Darstellung des  
Entlassungsschutzes für Betriebs-  
vertretungsmitglieder unter Be-  
rücksichtigung der bisherigen  
Rechtsprechung

Preis 0,40 Mk. Für Verbandsmitglieder 0,25 Mk.

Zu beziehen nur durch die  
Abteilung Bücher und Schriften  
Berlin SO 33, Schlesische Str. 42

## Kollegen!

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß un-  
verlangte

Nachnahme-Sendungen,

die die Post vorlegt,

nicht eingelöst

zu werden brauchen. Es besteht also keinerlei Ver-  
pflichtung, Nachnahme-Sendungen, die nicht be-  
stellt sind, vom Postboten durch Bezahlung  
anzunehmen.

## Reklamepreis nur 4 Mk.

30 Minuten Wert, wenn versichert, bei 52. stark versichert, u.  
Er. 33 dieses mit Zahnr. . . . . nur 4.50.  
Er. 51 dies. mit versichert u. Goldz. u. Sch. nur 5.00.  
Er. 55 dieses mit besseren Werk. . . . . nur 6.50.  
Er. 58 mit Springl., ganz versichert . . . . . nur 12.00.  
Er. 59 Damensuhr, versichert, mit Goldz. . . . . nur 7.50.  
Er. 79 dieses, kleines Format . . . . . nur 18.00.  
Er. 81 dieses, mit Silber, 10 Stein . . . . . nur 20.00.  
Metalluhrwerke  
Pauschalz. versichert 0.50 M., mit versichert nur 1.50.  
mit versichert 2.00 M., Goldz. mit versichert nur 5.00.  
Er. 44 dieses, vierfache Form mit besseren Werk. nur 12.00.  
Wecker, prima Westwerk . . . . . nur 3.20.  
Uhren- & Besteck-Fabrik 24 Zessener Str. 78.

## Bei mir . . . Radio

auf Ratenzahlung

Erstklassige, behördlich zugelassene

## 2-Röhren-Post-Apparate

Patente Telefunken, Marke „Scintilla“

mit Rück-Kopplung geben wir an Beamte,  
Angestellte und Arbeiter in fester Position  
sofort lieferbar ab. Erfragen Sie die Beding.

Elma G.m.b.H., Berlin SW 61

## Der Arbeitslohn u. die Lohn- politik in Rußland

von  
Dr. Salomon Schwarz.

I. TEIL. Die Lohnpolitik und die Lohnentwicklung in den  
ersten Jahren der Sowjetrepublik.

II. TEIL. Die Lohnpolitik in der Periode der neuen Wirt-  
schaftspolitik.

III. TEIL. Die Lohnentwicklung in den Jahren 1921 bis 1924.

Preis 2.80 Mark.

# Die Gewerkschaft

## Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

**R**eichspräsident Ebert ist am 28. Februar 1925, vormittags an den Folgen einer Blinddarmpoperation gestorben. Am 4. Februar 1925 war er 54 Jahre geworden. Noch ist es kaum möglich, ein unumstrittenes Lebensbild von ihm zu zeichnen. Wie einst für Wallenstein, trifft für Ebert das Wort zu: „Von der Parteien Günst und Haß verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte.“ Und doch war sein Leben geradlinig wie selten eines. Als Proletarierlohn in Heidelberg geboren, erlernt er das Sattlerhandwerk. Mit Beendigung seiner Lehrzeit tritt er der Gewerkschaftsbewegung bei. ISSO ist er bereits Anhänger des gewerkschaftlichen Zentralverbandes (obwohl damals die „lokalen Fachverbände“ noch das Feld beherrschten). Ihm blieb er treu bis zu seinem Tode.

Wenn wir den Etappen seines Lebens nachgehen, finden wir ihn schon mit 18 Jahren als Gründer einer Gewerkschaftszentrale. Damals, Ende der 80er Jahre war damit noch verknüpft, die dauernd drohende Maßregelung und Arbeitslosigkeit. In Bremen, wo Ebert 12 Jahre seines Lebens zubrachte, war er Arbeitersekretär und Gemeindevorstand. Mancher unserer älteren Bremer Kollegen hatte Anlaß und Gelegenheit, seinen Rat und seine Hilfe in Anspruch zu nehmen. Seit 1905 gehörte Ebert dem sozialdemokratischen Parteivorstand an. Es war die Zeit, da ziemlich weitgehende Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaften bestanden. Sollen die Gewerkschaften „Rekrutenschulen“ der Partei sein? Sollen sie bei notwendigen Massenaktionen mitentscheiden über Zeitpunkt und Ausdehnung? Oder sollen sie nur nach dem Wunsch der Partei einchwanken? Heute ist diese Frage für viele jüngere Gewerkschaftskollegen wieder neu und

manche beantworten sie leider falsch! Ebert hat damals – also vor 20 Jahren! – die Notwendigkeit einer völlig selbständigen Gewerkschaftsbewegung sofort erkannt und in diesem Rahmen gewirkt. Er war der vermittelnde, ausgleichende, aber auch der optimistische Führer der deutschen Arbeiterchaft. Selbst August Bebel hat nicht immer die ruhige Linie einer gerechten Würdigung der mühevollen gewerkschaftlichen Kleinarbeit innehalten können, bei seinem Temperament. Kautsky und andere

sozialistische Theoretiker entfernten sich manchmal sehr weit davon. Demgegenüber war Ebert der trefflichste Verbindungsmann zwischen Partei und Gewerkschaft. Heute fehlt uns geradezu dieser ruhende Pol in der Partei-Erfahrung. Einerseits wird wieder von außen verlacht (KPD) die Direktiven und Parolen für die Gewerkschaften zu schmieden. Das mag gut und klaffenbewußt gemeint sein, ist aber von den deutschen Gewerkschaften jederzeit abzulehnen und abgelehnt worden. Andererseits befriedigt auch das Verhältnis der größten Arbeiterpartei (SPD) zu den Gewerkschaften weite Kreise der Arbeiter nicht. Der ungenügende Einfluß der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse auf die stagnierende parlamentarische Fak-

torik und Politik tritt stark in den Vordergrund. Hier würde durch Persönlichkeiten, wie Ebert, ein besserer Ausgleich zu finden sein.

Ebert war aber auch der bereite Fürsprecher und Vermittler der Jugend. Wir sind in den Gewerkschaften mit unserer Jugendarbeit reichlich spät aufgefunden. Sie ist heute im rüstigen Vorwärtsschreiten. Vor wenig Jahren aber gab es nur ganz vereinzelte Berufsjugendgruppen, während die „Arbeiterjugend“ schon vor dem Kriege ziemlich erflarkt war. Sie zu betreuen und vor dem Spott der älteren Parteigenossen zu bewahren, war zeitweilig eine





schwierige Aufgabe. Mußten sich die Genossen vielfach erst daran gewöhnen, daß die Frauen allmählig eine besondere selbständige Note in die Arbeiterpolitik brachten, so sollte nun auch noch – zum Schrecken vieler Arbeiter-Partei-Spießer die Jugend zur Mitberatung herangezogen werden. Ebert war einer der Pioniere auf diesem Gebiet. Diese Tat allein, aber auch die Art, wie er die besonderen Interessen der Arbeiter-Jugend wahrnahm, sichern dem Verstorbenen ein bleibendes Andenken der jüngeren Generation sowie aller Vorwärtsdrängenden.

Und nun die Übergangszeit der letzten zehn Jahre. Hier klaffen noch heute die Gegensätze der Anschauungen. Die einen schreien: „Er hat Verrat an der Revolution geübt, nieder mit der Ebert-Republik!“ Die anderen sagen: „Die Entwicklungslinie des Sozialismus weist Wellenberge und Täler auf. Sie ist nicht allein mit osteuropäischem Maßstab zu messen!“ Der Gewerkschafter hat auch in tiefster politischer und wirtschaftlicher Not des Volkes nie verzweifelt. Ja, die Katastrophenpolitik ist mit planmäßiger Gewerkschaftsarbeit auf die Dauer unvereinbar. . . Auch die Elendstheorie und der Glaube, durch äußerste Not und Tod zum Sozialismus zu kommen, etwa durch Bürgerkrieg, Krieg mit den Westmächten und Amerika (der stärksten und unerschütterten Hochburg des Kapitalismus!) ist für langjährig geschulte Gewerkschafter schwer verständlich. Hier scheiden sich die Geister! Und Ebert war von diesem Standpunkt aus gesehen, ein gewerkschaftlicher Herrufer, ein Programm, ein Wille, eine zielklare Erkenntnis. . . Freilich brauchen wir nicht alle in diesen Fragen eines Glaubens zu sein. Wir können uns sehr wohl denken, daß innerhalb einer Arbeiterpartei, die geschlossen nach außen auftreten muß, soll sie voll respektiert werden, die verschiedensten Strömungen über die Zukunftsentwicklung oder auch über jeweilige taktische Fragen bestehen, Voraussetzung ist aber, was uns heute fehlt: brüderliches Sichverstehen wollen und gegenseitige Toleranz! Doch sie ist heute nicht bloß im Sprachgebrauch ein Fremdwort! . . . Nach den Novembertagen 1918 erhofften viele, der politische und wirtschaftliche Kampf würde auf der neuen Basis nicht mehr so „urbane“ Formen annehmen, weil die Gleichberechtigung jeder Weltanschauung im neuen demokratischen Staate gewährleistet sei. Heute wissen wir, daß die Gegensätze viel brutaler aufeinanderplatzen – innerhalb der Arbeiterschaft, während die ganz links und ganz rechts gerichteten Strömungen oftmals recht fatale Parallelen aufweisen. Ebert ist demgegenüber nie wesentlich von seiner geraden Linie abgewichen. Daß er als Reichspräsident keine reinsozialistische Politik durchsetzen konnte, weiß schließlich jeder denkende Arbeiter.

Vieles wäre heute in Deutschland für die Arbeiterklasse besser, wenn sie nicht in unheiliger Selbsterfleischung in den entscheidendsten geschichtlichen Momenten versagt hätte. Und sie hat daher auch bei allen Reichstagswahlen versagt! Trotzdem ist gar kein Grund zum Verzweifeln! Wir haben das freie Koalitionsrecht und wir haben wieder andauernden Aufstieg in den deutschen Gewerkschaften. In der In-

flationszeit, da die Gewerkschaften ausgehöhlt und ohnmächtig waren, wurde ihnen zum Teil der Achtstundentag entrissen, der Lohn heruntergedrückt. Der deutsche Arbeiter sank zum Kuli herab und weder Kommunisten noch Sozialisten konnten uns helfen! Erst als die Gewerkschaften 1924 wieder ihre Organisationen intakt bringen konnten, eroberten sie einen Teil des verlorenen Bodens zurück. Unsere 190000 Verbandsmitglieder haben heute wieder zu 75% den Achtstundentag, und wir werden nicht erlahmen, bis auch die übrigen ihn wieder gewinnen. Unsere Löhne sind zwar noch sehr unzulänglich, aber seit Anfang 1924 mehr als verdoppelt.

Ohne geschlossene starke Gewerkschaften kein wirtschaftlicher Klassenkampf! Wobei wir die Bedeutung und Notwendigkeit des politischen Kampfes gewiß nicht verkennen. Ohne Gewerkschaften, ohne den wirtschaftlichen Klassenkampf ist weder der Parlamentarismus noch die politische Arbeiterpartei in der Lage, den breiten Volksmassen die Not erheblich zu lindern. Diese Not würde vielmehr zu dumpfen und stumpfen Elend führen, das sich von Zeit zu Zeit in ohnmächtiger Putztaktik entladen würde. Diese Auffassungen sind von Ebert mehr denn drei Jahrzehnte verfochten worden. Sie waren der Leitstern für all die Zeit seines Wirkens.

Es ist an dieser Stelle nicht unsere Aufgabe zu untersuchen, inwiefern und inwieweit ein sozialistischer Reichspräsident die politischen Vorgänge in einem demokratischen Staat zugunsten der Arbeiterschaft beeinflussen kann. Wir sind jedenfalls frei von Illusionen und überschätzen beileibe nicht diese Position. Aber mit einer Handbewegung kann man sie nicht abtun! Am allerwenigsten in einem Deutschland, das – wie die Dezemberwahlen 1924 erneut und erschreckend bewiesen haben – politisch noch unreif und schwankend ist, – wie es auch dieser Reichstag zeigt. Darum brauchen wir um so mehr gerade, willensstarke, aufrichtige Persönlichkeiten, die politisch richtunggebend sind: Eine solche Persönlichkeit war Ebert.

Die Stimmung der Massen ist in den letzten zehn Jahren sehr oft umgeschlagen. Diese Wandlungen haben weder Ebert noch die meisten Gewerkschafter mitmachen können. Zu dieser festen Haltung gehörte lange Zeit viel mehr Charakter als – zum Gegenteil. Gewiß sind uns die schwankenden Auffassungen über den unmittelbaren Weg aus der zeitweilig fürchterlichen Not Deutschlands menschlich verständlich. Es bedarf einer längeren und stetigen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit um wieder eine fest umrissene, möglichst einheitliche Ideologie zu schaffen. Hier werden die Gewerkschaften ihr Arbeitsfeld suchen müssen. Es ist wohl in der Geschichte einzig dastehend, daß ein Proletarier sich zu dem höchsten Amte, das ein Staat zu vergeben hat, herausgearbeitet hat. Daß er sich auf dem Posten bewährt hat, ohne die akademische und bürokratische Laufbahn durchschritten zu haben, ist der besondere Stolz der Arbeiterschaft.

Ebert war und bleibt der Repräsentant der deutschen Arbeiterklasse. Er war der Besten einer! Deshalb senken auch wir unsere Fahnen an seinem Grabe! E. D.



## Rechtssprechung des Zentralausschusses zur Auswahl.

I.  
Der Reichsmanteltarifvertrag für die Gemeindefabrikarbeiter stellt als oberste Spruch- und Entscheidungsstelle in Tarifstreitigkeiten einen Zentralausschuß vor. Zweck dieser höchsten Stelle soll sein, die Einheitlichkeit des Tarifrechtes zu wahren. Sonst hätte man die Auslegung des Tarifvertrages auch den jeweils zuständigen Gerichten überlassen können. Soll der Zentralausschuß seinen Zweck erfüllen und will er die nötige Achtung bei den Tarifbeteiligten erlangen, so wird man von ihm in erster Linie Einheitlichkeit der Spruchpraxis fordern können. Leider ist es aber damit gerade bei unserer Zentralarbeitsstelle übel bestellt. Wiederholt hat der Zentralausschuß nämlich gegen sich selbst entschieden, so daß wir in wichtigen Fragen von einer Rechtssprechung zur beliebigen Auswahl der Beteiligten sprechen können. So herrscht in seiner Spruchpraxis ein Hott und Hü, das für die Beteiligten einfach unerträglich ist. Wir führen dafür nachstehend einige Beispiele an.

1. Rechtssprechung zu § 3 Ziff. 3 RMV. betr. Sondervergütung an Arbeiter, deren Arbeitszeit an den Vorlagen vor Weihnachten, Neujahr, Ostern und Pfingsten nicht herabgesetzt werden kann.

1. Eine Stadtverwaltung war bei Abschluß des Bezirkstarifvertrages zum RMV. 1924 bereit, an den Vorfesttagen eine Herabsetzung der Arbeitszeit von 8 auf 6 Stunden zuzugestehen und an die Arbeiter, bei denen diese Arbeitszeitverkürzung nicht durchgeführt werden kann, einen Zuschlag zu ihrem Lohn zu zahlen. Die besondere Bezahlung der längeren Arbeitszeit wurde jedoch vom Reichsarbeitsgeberverband als gegen den RMV. verstoßend beanstandet. Die von den Arbeitnehmern hierauf angerufene Bezirkschiedsstelle Breslau fällt jedoch unter dem Vorbehalt des Oberpräsidenten z. D. Philipp am 12. November 1924 folgende Entscheidung, welche dem Reichsarbeitsgeberverband unrecht gab:

„Der Magistrat hat von dem in § 3 Ziff. 3 RMV. gegebenen Recht Gebrauch gemacht und die Arbeitszeit am Tage vor Neujahr und den hohen Festtagen um zwei Stunden gesenkt bei Weiterzahlung des vollen Lohnes für diese Arbeitsstunden. Dieses Entgegenkommen des Magistrats ist in einigen Verwaltungen aus betriebstechnischen Gründen nicht durchführbar und sind die Arbeiter dieser Betriebe gezwungen, die volle Arbeitszeit zu arbeiten. Es würde als unbillig bezeichnet werden müssen, würde man diesen Arbeitern nicht eine Entschädigung für diese Arbeitsleistung gewähren. Die Bezirkschiedsstelle beschließt daher, daß für die geleisteten zwei Stunden ein Zuschlag von 50 v. H. gezahlt wird. Dasselbe hat auch Gültigkeit für Schichtwechselbetriebe für jede Schicht.“

Der Zentralausschuß hob jedoch diese Entscheidung am 26. November 1924 unter dem Vorbehalt von Amtsgerichtsrat Bracht auf und ersetzte ihn durch folgende:

„Nachdem festgestellt ist, daß die Parteien darüber einig sind, daß an den Vorfesttagen gemäß § 3 Ziff. 3 RMV. soweit die betrieblichen Verhältnisse es gestatten, die Arbeitszeit um zwei Stunden herabgesetzt wird, wird unter Aufhebung der Entscheidung der Bezirkschiedsstelle der Antrag der Berufungsbelegten (Arbeitnehmer) abgelehnt, da gemäß § 3 Ziff. 3 in Verbindung mit § 6 Ziff. 1 und § 7 RMV. unzulässig ist, an Arbeitergruppen, für die eine verkürzte Arbeitszeit an Vorfesttagen nicht in Betracht kommt, für die nicht ausfallenden Arbeitsstunden eine besondere Vergütung zu gewähren.“

Diese Entscheidung des Zentralausschusses würde einer Stelle, die dazu bestimmt wäre, im Wege der Spruchpraxis die Rechte der Arbeiter abzubauen, alle Ehre machen. Sie entspricht aber weder dem gesunden Rechtsempfinden, noch dem RMV. Wenn in § 6 Ziff. 1 gesagt ist, „bezahlt wird nur die geleistete Arbeitszeit, soweit nicht in diesem Vertrage ein anderes bestimmt ist“, so stellt diese Bestimmung lediglich eine Beschränkung in der Bezahlung verkürzter Arbeitszeit dar. Sie steht mithin in keinem Zusammenhang mit der Frage der Entschädigung für die Arbeiter, welche bei Verkürzung der Arbeitszeit auf Grund des § 3 Ziff. 3 länger arbeiten müssen als die übrigen Arbeiter. Auch mit § 7 steht der Sonderfall des § 3 Ziff. 3 in keinem Zusammenhang. In § 7 sind die Zuschläge für dienstplanmäßige Nacht-, Sonntags- und Ueberstundenarbeit geregelt. In dem vorliegenden Falle handelt es sich jedoch um keine Ueberstundenarbeit im gewöhnlichen Sinne. Wollte man dieser Ansicht sein, aus der Erwägung, daß auf Grund des § 3 Ziff. 3 die regelmäßige Arbeitszeit in den Wochen, in welche Vorfesttage fallen, um 2, 3 bis 4 Stunden — je nach der örtlichen oder betrieblichen Dauer der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit — gekürzt wird, dann müßte man logischerweise den Arbeitern, die länger arbeiten müssen, den Ueberstundenzuschlag gemäß § 7 Ziff. 3 zubilligen. Tatsächlich handelt es sich aber um eine Mehrarbeit im Verhältnis zu den übrigen Arbeitern. Durch § 3 Ziff. 3 wird ein Sonderfall geregelt, der allein für sich zu betrachten ist. In der Zulassung einer Herabsetzung der Arbeitszeit an Vorfesttagen liegt auch unausgesprochen, daß im Falle einer solchen Arbeitszeitverkürzung gerechterweise den Arbeitern, bei denen ein früherer Arbeitschluß technisch oder aus anderen Gründen nicht möglich ist, für ihre

## Die moderne Jugendbewegung und Frig Ebert

Das nachfolgende Kapitel ist dem Heft „Frig Ebert“ von Paul Kampffmeyer im Verlag für Sozialwissenschaft entnommen. D. V.

Der bahnbrechende Pädagoge Byneken sagt einmal: „Der Jugend eigenes Leben galt nichts und wurde rückwärts aus dem sozialen Zweck geopfert.“ Die Jugend wurde nur als Vorbereitung für die erwerbstätige Zeit angeschaut, sie war nicht selbstzweck. Die Jugend selbst schämte sich fast ihres knospenden, prächtig unreifen Zustandes, sie gebärdete sich als erwachsen und nahm alle Arten und Unarten der Lebensführung der „Alten“ an. Das „nützliche Mitglied der menschlichen Gesellschaft“ lief gleichsam schon in Kinderhosen herum. Aber nicht alle Knaben und Mädchen vergaßen, daß sie noch grün unter der Rose waren und daß sie ihre eigenen Bodsprünge und jugendlichen Tollheiten machen mußten. Sie wollten nicht immer an Vaters Hand wohlgestellt eutergehen. Sie bekannnen sich auf sich selbst, scharten sich zusammen und wanderten wie die Scholaren des Mittelalters in die Welt hinaus. Der „Wandervogel“ entstand im Spätherbst 1901. Diese Jugend wollte jung und von den Existenzkämpfen des Alters noch unbelästigt sein. Zwischen dem Elternhaus und dem jugendlichen Lumenstahl bildeten sich scharfe Gegenjähre heraus. Die Jugend sehnte sich nach freier Selbstgestaltung ihres Lebens, nach eigenen Freuden und Leiden. An den Fundamenten der väterlichen Autorität, die das weidende Geschlecht nach den Grundfragen erwachsener Menschen meistern wollte, gruben emsig rührige jugendliche Hände.

Der „Wandervogel“ umfasste vorwiegend jugendliche Elemente der bürgerlichen Klassen, er entwickelte Formen der Geselligkeit, die später von der proletarischen Jugend übernommen und weiter ausgebildet wurden. Die Geschichte der Bewegung dieser Jugend, die aus schweren wirtschaftlichen Ängsten und Rufen zur Freiheit der Selbstbehauptung emporstieg, ist allerdings aus anderem Stoff geformt als die des bürgerlichen Wandervogels.

An der Schwelle der proletarischen Jugendbewegung stand ein sehr ernstes soziales Ereignis. Im Frühling 1904 fand man im Grünwald die durch blutige Striemen verunstaltete Leiche eines Lehrlings, der sich durch Selbstmord vor den grauenhaften Züchtigungen eines brutalen Meisters gerettet hatte. Der Tod jenes Unglücklichen wirkte wahrhaft aufreißend auf die proletarische Jugend Berlins. Am Herbst 1904 schlossen sich Lehrlinge zum „Berein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins“ zusammen. Gar manches Spottwort fiel wohl über den Verein der „Säuglinge“, aber der Verein blühte auf — trotz strenger Eingriffe der Polizei in sein junges Leben. Im Jahre 1907 wurden in Berlin acht Versammlungen verboten und elf aufgelöst. Die Jugendorganisationen rauten sich aber weiter lustig empor.

Die Jugend hatte sich also auf die eigenen Füße gestellt, hatte eigene Abwehrmaßnahmen gegen ihre wirtschaftliche Ausbeutung geschaffen und wirksame Einrichtungen zu ihrer Bildung und politischen Aufklärung gegründet. Da bekannnen sich die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei auf ihre Verpflichtungen gegenüber der ernst ringenden Jugend. Am 13. September 1908 trat in Nürnberg der sozialdemokratische Parteitag zusammen, der zu der Frage der Arbeiterjugendbewegung Stellung nehmen sollte. Die leitenden Köpfe der Partei waren sich darüber einig, daß man die Jugendlichen nicht von oben schulmeisterlich dürfe, sondern ihnen den nötigen Spielraum für ihre eigene Bewegung, für die Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten lassen müsse. Alte und Junge sollten gemeinsam die Jugendbewegung fördern. Der spätere Parteivorstand Hoase fand auf dem Parteitage überall Verständnis, als er den Satz aussprach: „Nur Persönlichkeiten, die sich in die jugendliche Seele zu verorten vermögen, die liebevoll mit den Jugendlichen zusammenarbeiten können und wollen, dürfen zu dieser Arbeit berufen werden.“ Der Parteitag beschloß, in den einzelnen Orten Kommissionen aus Vertretern der örtlichen Parteioorganisationen und der Gewerkschaftsvertreter unter Hinzuziehung von Vertrauenspersonen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu bilden, um die Arbeiterjugend im

Mehrarbeit der Lohn noch einmal oder doch wenigstens ein Teil desselben neben ihrem üblichen Stundenlohn gezahlt werden kann. Dieser Ansicht war in dem vorliegenden Falle nicht nur der in Frage kommende Magistrat, sondern auch die Bezirksamtsstelle. Aber auch der Zentralauschuß selber hat früher einmal bereits eine Entscheidung in diesem Sinne gefällt. Es handelt sich dabei um folgenden Fall:

II. Der Bezirkstarifvertrag für Pommern zum alten RMZ. sah auf Grund des damaligen § 2 Ziff. 2 des RMZ. 1921, welcher § 3 Ziff. 3 des RMZ. 1924 entsprach, eine Herabsetzung der Arbeitszeit an Vorfesttagen auf 6 Stunden ohne Lohnausfall vor und weiterhin: „An diesen Tagen über 6 Stunden hinaus geleistete Arbeitsstunden sind auch für Schichtarbeiter wie gewöhnliche Arbeitsstunden besonders zu vergüten.“ Es traf nun, daß die Vortage vor Weihnachten 1923 und Neujahr 1924 Sonntage waren. Da die übrigen Arbeiter an diesen Sonntagen nicht arbeiteten, lehnte eine Stadtverwaltung es ab, den Schichtarbeitern für diese beiden Vortage die über 6 Stunden geleistete Arbeitszeit doppelt zu bezahlen. Sie bezahlte nur den einfachen Lohn und daneben den Sonntagzuschlag. Magistratsbaurat Spohn-Stettin begründete dieses vor der Schiedsstelle erster Instanz wie folgt: „Bereits vor Aufstellung der Tarifverträge seien vor den hohen Festtagen Kürzungen der Arbeitszeit vorgenommen und da, wo eine Kürzung nicht möglich gewesen sei, hätte man aus Gründen ausgleichender Gerechtigkeit Doppelbezahlung von Stunden vorgenommen. In diesem Jahre sei der ganz besondere Umstand eingetreten, daß die Tage vor Weihnachten und Neujahr auf Sonntage fielen, an denen andere Arbeiter als die Schichtarbeiter nicht gearbeitet hätten. Infolgedessen habe auch kein Grund vorzuliegen, aus Gründen ausgleichender Gerechtigkeit für 2 Stunden doppelt zu bezahlen.“

Die Bezirksamtsstelle Stettin fällt jedoch unter dem Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Hoffmann am 23. März 1923 folgende Entscheidung:

„Die Stadtgemeinde Stettin hat den Schichtarbeitern des Gaswerkes auch an den Tagen vor Weihnachten, Neujahr, Ostem und Pfingsten, welche Sonntage sind, für die an diesen Tagen über sechs Stunden hinaus geleisteten Arbeitsstunden diese Stunden in der Weise zu vergüten, daß sie erhalten: a) über dem gewöhnlichen Lohn und dem Sonntagzuschlag als besondere Vergütung nochmals den gewöhnlichen Arbeitslohn.“

In der sehr ausführlichen Begründung heißt es u. a.: „Es mag richtig sein, daß die Schichtarbeiter früher trotz sonst schon bestehender verkürzter Arbeitszeit an diesen Tagen, wie auch heute noch im

Gaswerk St., ohne verkürzte Arbeitszeit arbeiteten und die Sondervergütung für die über 6 Stunden hinaus geleistete Arbeitszeit deshalb zugewilligt erhielten, damit sie den übrigen Arbeitern, vor allem ihres Wertes, gleichgestellt würden und wie diese auch für 2 nicht geleistete Arbeitsstunden Lohn erhielten. Dieses Motiv allein kann aber für die Auslegung nicht maßgebend sein. Einmal gilt die Bestimmung allgemein für die Provinz Pommern. Ferner steht es durchaus in der Hand der Verwaltung, die Schichtarbeiter an Sonntagen auch nur 6 Stunden arbeiten zu lassen. Da die etwaige Auffassung der Arbeitgeber, daß Sonntage nicht unter die Vortage fallen sollten, in den bestehenden Bestimmungen keinerlei Ausdruck gefunden hat und da sie weder aus dem Wortlaut noch aus dem Sinn der Bestimmungen im Zusammenhang mit dem übrigen Inhalt der Tarifverträge zu folgern ist, war festzustellen, daß auch für die Bestimmung des Bezirkstarifvertrages unter dem Worte „Tage“ Sonntage wie Werttage zu verstehen sind.“

Der Zentralauschuß hat diese Entscheidung unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Hoffmann am 28. April 1923 mit folgender Begründung bestätigt:

„Da die Vortage vor Weihnachten und Neujahr nicht unvorhergesehen und zufällig, sondern in regelmäßiger Wiederkehr auf Sonntage fallen, verbietet sich die Auslegung des RMZ., daß bei der Fassung des § 2 Ziff. 3 (jetzt § 3 Ziff. 3 des RMZ. 1924) nicht daran gedacht sein sollte. Infolgedessen besteht nach § 2 Ziff. 3 auch auf Sonntage.“

Mit dem letzten Satz ist klar zum Ausdruck gebracht, daß eine Sondervergütung für nicht ausfallende Arbeitsstunden an Vorfesttagen auf Grund des RMZ. zulässig ist. Dem Reichsarbeiterverband und seinen Vertretern im Zentralauschuß ist es damals auch gar nicht eingefallen, den Einwand zu erheben, daß eine solche Sondervergütung an Schichtarbeiter unzulässig sei. Aus dieser Entscheidung des Zentralauschusses hat der Reichsarbeiterverband bei den Tarifverhandlungen 1924 die Konsequenz gezogen. Er setzte durch, daß das Wort „Tage“ im § 2 Ziff. 3 des RMZ. 1921 durch „Werttage“ im jetzigen § 3 Ziff. 3 des RMZ. 1924 ersetzt wurde. Dadurch sollte die Sondervergütung neben dem Sonntagzuschlag für Vorfesttage, die auf einen Sonntag fallen, aufgehoben und insofern die Entscheidung des Zentralauschusses vom 28. April 1923 durch Vertragsbestimmung illusorisch gemacht werden. Weiter ging in diesem Punkte auch nicht die Absicht des Reichsarbeiterverbandes bei den Tarifverhandlungen, wie der unserer Verbandsvorstand gemachte Vorschlag ausweist. Es ist auch bei den Verhandlungen von ihm mit keinem Wort die Sonderver-

Sinne der proletarischen Weltanschauung zu erzielen. Der Parteitag entschied sich für die Herausgabe eines Organs zur Aufklärung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen.

Gemeinsam mit der Generalkommission der freien Gewerkschaften und den Vertretern der Jugend schuf die Sozialdemokratie die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands. Den Vorsitz in der Zentralstelle führte Fritz Ebert, der für diesen Posten besonders geeignet war, da er als einstiger Stürmer und Dränger die Wünsche und Forderungen der Jugend aus eigenen Erlebnissen kannte. Ihm gelang es trefflich, den Gedanken der Jugendbewegung mit dem der Jugendpflege harmonisch zu vereinigen. Mit bewundernswürdiger Ruhe hielt er auf der ersten Reichskonferenz der Jugendausschüsse in Berlin am 18. und 19. April 1910 den Anstürmen der jungen Draufgänger stand. Er entwarf ein in aller Sachlichkeit lebendiges Bild von den Arbeiten der Zentralstelle zur Förderung der Jugendbewegung. Er hatte ein Ohr für den Ruf der Jugend nach größerer Bewegungsfreiheit, er verstand es, wenn Hitzköpfe gegen die „Gängelei von oben“ lärmten. Dem Anschluß der Zentrale an die Jugendinternationale widerstand er energisch, weil dieser Anschluß die Jugendbewegung der Willkür der Polizei ausgeliefert hätte.

Dem Programm, das sich die Jugend in den Resolutionen zur Bildungsarbeit und zum Jugendschutz gab, konnte er mit ganzem Herzen zustimmen. Er forderte die Erziehung der proletarischen Jugend zur tätigen Anteilnahme an dem praktischen und geistigen Leben der arbeitenden Klasse. Die wesentlichsten Stöße zu dieser Heranbildung sollten die Geschichte (namentlich der Perioden, die am unmittelbarsten das Verständnis für das Leben der Gegenwart erschließen), die Gesellschaftswissenschaften und die in den Entwicklungsgedanken einführbare Naturerkenntnis bieten. Die Bildungsarbeit sollte dem Verständnis und der Eigenart der Jugendlichen angepaßt und durch Veranstaltungen geselliger und künstlerischer Art ergänzt werden. Das Programm ging dann ausführlich auf den Schutz der Jugend vor kapitalistischer Ausbeutung ein.

Zehn Jahre hat Fritz Ebert der Zentralstelle für arbeitende

Jugend Deutschlands vorgestanden und damit eine hochwertige Kinderarbeit geleistet. Im letzten Vorkriegsjahre bestanden 800 Jugendausschüsse und mehr als 100 000 Jugendliche bezogen die „Arbeiterjugend“, das durch den Nürnberger Beschluß geschaffene Organ für die proletarische Jugend.

In der Zentralstelle hat Ebert jung und alt zu maßvoller schöpferischer Zusammenarbeit vereinigt. Und so stellt denn Karl Korn in seiner trefflichen Schrift: „Die Arbeiterjugendbewegung“ fest, daß in all den Jahren, seitdem die Zentralstelle bestand, bis zur Spaltung in der Kriegszeit zwischen ihren erwachsenen und jugendlichen Mitgliedern das kameradschaftliche Einverständnis geherrscht hat. Wie, in keinem einzigen Fall, haben sich Differenzen der Art bemerkbar gemacht, wie sie beim Uebergang von der organisierten zur freien Bewegung von den Anhängern der selbständigen Organisationen befürchtet worden waren. In keinem einzigen Beschluß von prinzipieller oder taktischer Tragweite sind etwa die Vertreter der Jugend von den Erwachsenen majorisiert worden. . . . Soweit die Zentralstelle in Betracht kommt, war jedenfalls die vielberufene Frage „Pflege oder Bewegung“ durch die gemeinsame Arbeit in der Bewegung nach kurzer Frist für beide Teile gegenstandslos geworden.“

Diese schlichten Worte des besten Kenners der Arbeiterjugendbewegung sind das beste und ehrenvollste Zeugnis für die fruchtbare Tätigkeit Eberts in der deutschen Jugendbewegung, die sich zu einer großen Kulturbewegung auswächst. Will sie doch die sich in der Jugend regenden edlen moralischen, intellektuellen und körperlichen Kräfte zur vollen Entfaltung bringen. Der Gemeinschaftsmensch, der Sozialist, soll sich bewußt erziehen.

Die ältere Generation der Arbeiterschaft war noch zu stark in dem Glauben befangen, daß der äußere Zwang der Verhältnisse, daß die wachsende Vergesellschaftung der Arbeit und des Lebens den Gemeinschaftsmenschen von selbst formen werde, und sie vernachlässigte die planvolle Erziehung des Menschen zum Sozialisten. In diesem wichtigen Punkte setzte nun die Jugendbewegung kraftvoll ein.

gütung  
dem d  
vorlag.  
Arbeits  
neue,  
Mißach  
Gewöhn  
und ga  
auch fü  
haben,  
auch i  
28. Ap

De  
bildung  
als bis  
zu unter  
auf ein  
über 50  
gericht  
Beschlu  
Aufgabe  
auf den  
in den  
damit d  
kommen.  
vielmach  
die Mit  
nisse un  
den lezt  
werden,  
machen s  
hoffentli  
wieder  
Zweck un  
licht gro  
tatscher  
und dur  
sunders  
in ihrer

Die Schul  
interesse  
autoritär  
schaft de  
sich eng  
der Bru  
Zünftli  
gedrängt  
die Arbe  
lich zwe  
so stelle  
Erwär  
leid ha  
Mädels  
ketten,  
Normen  
von Trai  
jahrzehn  
es. Sie  
In  
der Ju  
18 Jahr  
Größen  
geworden  
mitten.  
Seele zu  
In i  
Jugendsoz  
ein stark  
Gegen d  
die geme  
neigen i  
leid zur  
appellier  
in den 2



gütung bemängelt oder gar als unzulässig bezeichnet worden, trotzdem die Entscheidung des Zentralausschusses vom 28. April 1923 vorlag. Es ist unter diesen Umständen ein Hohn auf die von den Arbeitern durch den Reichsarbeitsgeberverband verlangte Vertragsneue, wenn dieser angesichts der geschilderten Tatsachen und unter Missachtung der Entscheidung des Zentralausschusses hinterher die Gewährung einer Sondervergütung als überhaupt unzulässig ganz und gar unterbinden will. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter auch für die Spruchpraxis einer Zentralschiedsstelle kein Verständnis haben, die ihre eigenen Entscheidungen nicht respektiert. Für uns ist auch weiterhin die Entscheidung des Zentralausschusses vom 28. April 1923 maßgebend und nicht die vom 28. November 1924.

### Bildungsarbeit in der Filiale Essen.

Der Gewerkschaftskongress in Nürnberg 1919 beschloß, zur Heranbildung einer breiten Schicht gewerkschaftlich geschulter Kräfte mehr als bisher die Bildungsbestrebungen der einzelnen Gewerkschaften zu unterstützen. In den einzelnen Bezirken sollte die Bildungsarbeit auf einheitlicher Grundlage geregelt, und in allen Städten mit über 50 000 Einwohnern sollten für diesen Zweck Abendkurse eingerichtet werden. Abgesehen von einzelnen Bezirken ist es bei diesem Beschluß geblieben. Die Bildungsarbeit zentral zu erfassen, ist Aufgabe des Zentralbildungsausschusses, welcher auf dem Leipziger Kongress 1922 eingesetzt wurde. Was wir in den einzelnen Organisationen leisten können, ist nur Vorarbeit, damit diese Zentralinstanzen auch wirklich praktische Arbeit leisten können. Die Rückschlüsse, denen die heutige Gewerkschaftsbewegung vielfach ausgesetzt ist, sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß die Mitgliedschaften nicht genügend über die wirtschaftlichen Verhältnisse unterrichtet sind. Es fehlt ihnen die nötige Sachkenntnis. In den letzten Jahren mußten alle gewerkschaftlichen Kräfte angespannt werden, um nur das Gebiet der Tarif- und Lohnpolitik einigermaßen zu bearbeiten. Nach Einsetzen der stabilen Währung — welche hoffentlich von Dauer ist — müssen aber die einzelnen Filialen wieder mehr tun, um ihre Mitgliedschaft durchzubilden. Dieser Zweck wird erreicht durch planmäßige Durchbildung eines möglichst großen Kreises der Mitgliedschaft. In den größeren Filialen unserer Organisation kann dieses bei einigermaßen gutem Willen und durch Hergabe kleiner finanzieller Opfer erzielt werden. Besonders notwendig ist das in den Filialen, deren Mitgliedschaften sich in ihrer großen Mehrzahl aus Nachkriegszeitgewerkschaftlern zu-

ammenfügen. Wir haben deshalb in der Filiale Essen auch trotz der schweren, arbeitsreichen Jahre, welche hinter uns liegen, Bildungsarbeit getrieben. Essen hatte in der Vorkriegszeit etwa 70 Mitglieder. Soll die jetzige Mitgliedschaft von rund 1300 erhalten bleiben, so muß intensive und planmäßige Durchschulung erfolgen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen brauchen eine ständige, wenig unter der Fluktuation leidende Mitgliedschaft; wenn sie sich erhalten sollen und praktische Erfolge erzielen wollen. In der Ueberzeugung, daß die wirkliche Schlagkraft der Organisation nur durch geistig hochstehende, denkende und wissende Menschen gegeben ist, sind wir an diese Arbeit gegangen. Solidarität, diese erste Tugend eines jeden Gewerkschaftlers, ist nur bei den Menschen möglich, welche das große Ziel der Arbeiterbewegung erkannt haben und sich nicht vom Augenblick leiten lassen, sondern die wirtschaftlichen und politischen Bewegungen verstehen. Die Organisation verlangt von ihrer Mitgliedschaft im Ernstfalle — wenn es das Wohl der Gesamtheit erfordert — die größten Opfer, selbst die Existenz des einzelnen Mitgliedes durch Aufgabe der Arbeitsstelle. Aus all diesen Gründen muß der Glaube an die Zukunft gefestigt werden. Dieses läßt sich nur erreichen, indem die Gewerkschaftsmitglieder eingeführt werden in die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse unserer Zeit.

Künstlerische Weiterbildung, die Ermöglichung zum Besuch guter Theater, Konzerte, Führung durch die Museen usw. wurden dem Bildungsausschuß des Ortsausschusses des ADGB überlassen. Die Vermittlung im Einzelfalle geschieht durch unsere Ortsverwaltung.

Da unsere Kollegen die Zentralbibliothek der freien Gewerkschaften nur wenig in Anspruch nahmen, wurde auf unserem Ortsbureau eine kleinere Bibliothek zum Ausleihen an die Mitglieder eingerichtet. Um die Kollegen zum Lesen zu bringen, wurden ihnen bei gelegentlichem Vortprechen auf unserem Bureau Bücher ausgeschickt und empfohlen. Ganz besonders tamen hierfür unsere Vertrauensleute in Frage, denen man so je nach ihrer Vorbildung individuell den einzelnen Stoff austeilern konnte. Auf diese Art und Weise haben wir im Jahre 1924 über 600 Bücher an 234 Kollegen ausgeliehen. Eine Gebühr wurde hierfür nicht erhoben; die Kosten mußten von der Filialkasse getragen werden. Daneben haben wir laufend gut empfohlene Bücher zum Verkauf ausgefellt.

Besser als das geschriebene Wort ist allerdings das gesprochene. Wir haben im Jahre 1924 rund 400 Versammlungen abgehalten. Ganz gleich, welche Tagesordnung vorlag, als Punkt 1 wurde ein Vortrag über die verschiedensten Themen gehalten. Die Diskussion, welche vor Jahren kaum einsetzte, ist heute über all diese Vorträge

Es schuf neue Formen des Zusammenlebens, die das Gemeinschaftsinteresse in ganz anderer Weise pflegte als in der früheren, streng autoritären Familie, die das Individuum rücksichtslos der Vormundschaft der Eltern unterstellte und seine ganze Betätigung in einem sehr engen Lebenskreis bannete. In der Jugendbewegung erfolgte der Bruch mit überkommenen Sitten und Gepflogenheiten. Die Tugendfesseln wurden in Jugendkreisen abgestreift, das Kauchen einwchränkt oder ganz ausgeschaltet. Gegen die Bodenarrheiten führte die Arbeiterjugend einen zielklaren Kampf. Einfach und gesundheitslich zweckmäßig sollte das Gewand der Jugend sein. „Die Jugend“, so stellte Elisabeth Köhl in ihrem Aufsatz: „Revolution und Mode“ (Vorwärts-Almanach 1922) fest, „der neue Mensch will sein eigenes Kleid haben. Wer hat sie nicht schon bewundern können, die jungen Modells und die jungen Burtschen, die in ihren schlichten Kleidern und Kneteln, ungebennnt und nicht gezwängt und gezwängt, sich ihre Formen und Farben suchten. Was die verhältnismäßig kleine Zahl von Frauen, Führerinnen der Frauenleidungsreform, in mühevoller, jahrschneitelanger Arbeit erstrebten, heute ist es da, die Jugend will es. Sie lehnt die Fesseln ab, auch die der Moden.“

In enger Verbindung mit der Arbeiterjugendbewegung steht der „Jungsozialismus“, die Bewegung der Jugendlichen über 18 Jahre. In ihr ist die Ueberzeugung, daß der Mensch zum Großen und Höchsten bestimmt ist, eine formende, aufbauende Kraft geworden. Und diese Kraft soll sich bewußt, verstärkt, gelautert auswirken. Der jugendliche Arbeiter beider Bewegungen sucht seine Seele zu erziehen, zu veredeln.

In den andachtsvollen Naturfeiern der Arbeiterjugend und der Jungsozialisten, in ihren begeistertsten Friedensdemonstrationen pulst ein starkes, religiöses Gefühl. Unvergesslich werden für alle jungen Herzen die erhebenden Jugendtage von Weimar und Bielefeld sein, die gemeinsam von den Jungsozialisten und der Arbeiterjugend begeben waren. In dem Festspiel: „Der Ausbruch“, das in Bielefeld zur Aufführung gelangte, kam die an das Edelste im Menschen appellierende ethische Tendenz der Arbeiterjugendbewegung plastisch in den Worten zum Ausdruck:

Ein neuer Mensch,  
Ein neues Sein,  
Das ist die ganze Wandlung.  
Ein Ausbruch in dem Menschen selbst,  
Der bringt euch Befreiung.

Und diesen inneren ethischen Sinn der Arbeiterjugendbewegung hat Fritz Ebert klar erkannt und erfolgreich gefördert.

Die proletarische Jugend Deutschlands schloß sich nun nicht allein der „Arbeiterjugendbewegung“ an, sie trat auch massenhaft den Arbeiterportverbänden bei. Der „Arbeiter-Turn- und Sportbund“ wurde bereits 1893 ins Leben gerufen. Er zählte damals nur 400 Mitglieder. Am 1. Januar 1919 mußerte er 4195 Vereine mit 448 913 Mitgliedern. Die Zahl der Fußballspieler betrug 58 450, die der Turnerinnen 35 899. Nicht eingerechnet sind 139 827 Kinder, die an dem Turnen der Vereine teilnahmen. Der „Arbeiter-Radsportverband“ hatte am 31. Dezember 1920 insgesamt 149 818 Mitglieder, der „Arbeiter-Wassersportverband“ 60 000 Mitglieder, der „Bund der Naturfreunde“ 40 000 Mitglieder. Im ganzen geboten die Arbeitersportvereine im Jahre 1922 schon über 1 Million Mitglieder. In allen diesen Sportvereinen betätigen sich viele jugendliche Arbeiter.

Die proletarische Jugend arbeitet planvoll an einer harmonischen Entwicklung von Geist und Körper. Auch die Körperpflege gehört zur Kultur. Die Jugend wirft auch hier den „modischen“ Anzug ab, schließt in den einfachen, schlichten Sportkleidern und strebt aus der Kneipe hinaus ins Freie. Eine gesteigerte Aktivität überall! Erst kamen die Erwachsenen in Fluß, und nun auch die „Jungen“ und „Mädels“. Neue Umgangsformen bilden sich. Autoritäre Bande werden durch kameradschaftliche ersetzt. Die Jugend wählt sich gleichaltrige Führer und ordnet sich diesen in freiwilliger Disziplin unter. Wer sich selbst bestimmt, der weiß auch, daß ihn für alles Selbstgewollte volle Verantwortung trifft. Selbsterziehung und Gemeinschaftserziehung verbinden sich harmonisch.

Überall regt sich in der Jugend eine gesteigerte Selbstbetätigung und ein neues Gemeinschaftsleben. Neue Wege öffnen sich, mögen es „Straßen zum Himmel“ sein.



In den meisten Fällen äußerst rege. Guten Erfolg hatten wir mit einem Vortrage über die soziale Gesetzgebung, welcher vom Arbeiterssekretär des Ortsausschusses Essen des ADGB gehalten wurde. Auch Intellektuelle werden für diesen Zweck herangezogen. Die meisten Vorträge mußten allerdings von unseren freigestellten Kräften gehalten werden. Kurse für Betriebsräte unserer Organisation wurden abgehalten im Jahre 1921 und 1922; diese werden nach den Neuwahlen wieder aufgenommen. Es handelt sich um zusammenhängende Abendkurse auf die Dauer von 8 Wochen. Auf die Wirtschaftsschule in Münster (Professor Plenge) entsandten wir einen Kollegen. Dieser nimmt heute in unserer Organisation eine führende Stellung ein.

Einen breiten Rahmen in der Bildungsarbeit unserer Filiale nimmt die Volkshochschule ein. Die Essener Volkshochschule, welche unter Aufsicht der Stadtverwaltung von den Hörern selbst geleitet wird, ist in drei Gruppen eingeteilt: eine freie, eine katholische und eine neutrale Gruppe. Die Kosten für jeden Hörer betragen pro Lehrgang 3 Mk. Die Lehrgänge erstrecken sich über einen Zeitraum von sechs bis zwölf Wochen. Es finden dann wöchentlich zwei Abendvorlesungen statt. Insgesamt haben auf Kosten der Lokaltasse ca. 120 Kollegen die Vorlesungen besucht. Die Kosten für den Lehrgang werden nur dann von der Lokaltasse getragen, wenn der einzelne Hörer nachweist, daß er den Abendkursus regelmäßig besucht hat.

Diese Lehrgänge haben einen Fehler, und zwar den, daß ohne Rücksicht auf die Vorbildung der Hörer der Dozent seine Vorlesungen hält. Die Hörer rekrutieren sich vom Akademiker bis zum einfachsten Arbeiter. Der Dozent des betreffenden Lehrganges muß sich nunmehr auf einen durchschnittlich vorgebildeten Hörer einstellen. Für den einen spricht der Dozent dann zu flach, während der andere nicht in der Lage ist, den Ausführungen des Dozenten zu folgen, und kann deshalb das Ziel seines Strebens nicht erreichen. Erschwerend kommt noch hinzu, daß es sich hier fast ausschließlich um Arbeiter der Schwerindustrie handelt, welche über Tage die schwerste körperliche Arbeit verrichten und deshalb in diesen Lehrgängen nicht mehr genügend aufnahmefähig sind. So kommt es vor, daß viele nachher einsehen, daß sie nur einen Teil von dem begriffen haben, was der Dozent lehrte.

Im vergangenen Geschäftsjahre wurde deshalb vom erstenmal verüht, im Rahmen der Volkshochschule einen geschlossenen Lehrgang nur für unsere Kollegen einzurichten. Zu diesem Zweck wurde als Dozent Stadtbibliothekar Dr. Sulz gewonnen, welcher „Weltanschauung des Sozialismus“ lehrte. Dieser Lehrgang wurde von 47 Kollegen besucht. Er dauerte sechs Wochen, wöchentlich zwei Abendstunden. Der Dozent verstand es, die Hörer bis zum letzten Abend zu fesseln, so daß sämtliche Kollegen bis zum Schluß durchhielten. Nach einem allabendlich kurzen Vortrage wurde durch gegenseitiges Fragen die Aussprache über die verschiedensten Anschauungen immer lebhafter angeregt. Die Lehrmethode des Zusammenarbeitens zwischen dem Lehrer und den Lernenden — die Methode der Arbeitsgemeinschaft — ist unstreitig die beste. Der Lernende ist hier nicht nur Hörer, sondern seine eigene Meinung kommt ebenfalls zur Geltung. Ist ihm irgend etwas unklar geblieben, hat er sofort Gelegenheit, Fragen zu stellen oder seine eigene Ansicht zum Ausdruck zu bringen. Dazu kommt aber das Wichtigste, daß der Dozent nicht über die geistigen Fähigkeiten seiner Zuhörer hinausgeht, sondern daß er gezwungen ist, sich dem Gedankenzirkel seiner Schüler anzupassen und mit ihnen langsam aufwärtszusteigen. Auf diese Weise kann an einem Abend mehr Wissen aufgenommen werden, als sonst in einem ganzen Lehrgang.

Ein Kursus für Fortgeschrittene über: „Die Lehre vom Konjunkturverlauf“, „Grundzüge der Bilanztechnik“ und „Kollektives Arbeitsrecht“ wurde von neun unserer Kollegen besucht. Auch hier wurde praktische Arbeit geleistet, um die Kollegen in die Fragen der Volkswirtschaft einzuführen. Zu bemerken ist noch, daß die Filiale Essen im Jahre 1924 für die Zwecke der Fortbildung ihrer Mitglieder 753 Mk. aus Lokalmitteln ausgegeben hat.

Filialen mit eigenen Angestellten können ähnliches tun, wie es die Filiale Essen mit Erfolg durchgeführt hat. Für die kleineren Filialen müssen im Bezirk Bildungssekretäre von der Hauptverwaltung angestellt werden, wie es die Essener Kollegen schon durch einen Antrag auf dem Verbandstag in Magdeburg verlangt haben. In den schweren Jahren der Inflation konnte dieser Antrag keine Berücksichtigung finden. Hoffen wir, daß der nächste Verbandstag diesem Antrag Rechnung trägt, damit auch wir von unserer Organisation sagen können, daß wir im Rahmen der Möglichkeit alles getan haben, um unsere Mitglieder zu schulen. Wollen wir wirkliche Kämpfer für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse erzielen, so müssen wir ihnen auch das geistige Rüstzeug mit auf den Weg geben, denn Wissen ist Macht und Macht in Wissen. Dr. Lopp.

### Lehren aus der Breslauer Lohnbewegung.

Die diesmalige Lohnbewegung, in welcher durch die Bezirkschiedsstelle für Handwerker und qualifizierte Angelernte 6 Pf. für die übrigen Arbeitergruppen 5 Pf. und für Frauen 4 Pf. zugebilligt wurden, fand nicht den Beifall der Vertrauensleute unserer Filiale, denn sie glaubten bei der Anrufung des Zentral-schlichtungsausschusses mehr zu erreichen. Der Zentralschlichtungsausschuß entschied aber, daß eine Lohnzulage überhaupt nicht berechtigt sei und hob den Spruch der 1. Instanz auf.

Die Arbeiterschaft stand nach dieser Begebenheit wiederum am Anfang einer Lohnbewegung, denn ein Vorteil war hierbei nicht herausgekommen. Deshalb wurde die Organisationsleitung beauftragt, neue Verhandlungen mit dem Magistrat aufzunehmen. Hierbei wurde vom Magistrat zu erkennen gegeben, daß nur ein Ausgleich auf dem Wege von Dienstalterszulagen möglich und er an den Spruch der höchsten Instanz gebunden sei. Die Abstimmung über Annahme dieses Vorstoßes oder evtl. Streit fiel „für Annahme“ aus. Es läßt sich ja nun denken, daß ein Teil unserer Kolleginnen und Kollegen arg enttäuscht ist, indem sie leer dabei ausgehen, wofür die Schuld der Verbandsleitung und andererseits den Vertrauensleuten in die Schuhe geschoben wird. Bei dieser Gelegenheit muß man die Ueberzeugung gewinnen, daß man sich in Kollegentreife als auch in den Reihen der Vertrauensleute über den Ernst solcher Dinge nicht im geringsten im klaren ist. Voraussetzung muß aber unter allen Umständen sein, daß sich die Kollegenschaft vorher über die Macht ihrer Organisation vollständig einig ist. Dies scheint bei der diesmaligen Lohnbewegung durchaus nicht der Fall gewesen zu sein und gerade die lautesten Schreier, welche immer als besondere Revolutionäre gelten wollen, hatten die wenigste Ueber-sicht. Bei uns scheint man sich vorher, ehe in den Kampf eingetreten werden soll, gar nicht über die Stimmung in Kollegentreifen unterhalten zu brauchen, solange noch diese oder jene Schlichtungsinstanz angerufen werden kann. Ebenso müssen Schiedsprüche in erster Instanz scheinend immer abgelehnt werden, weil es ja noch eine zweite gibt, die ja „vielleicht günstiger“ entscheidet — und so ist es denn leider dazu gekommen, daß ein unter den gegebenen Umständen als annehmbar zu verzeichnender Schiedspruch aufgehoben wurde und wir vor einem Nichts stehen. Man muß den ersten Schiedspruch, auch von Arbeitnehmersseite aus, als einen durchaus annehmbaren bezeichnen, das wurde auch von der Geschäftsleitung betont, weil man eine Lohnzulage vom November 1924 bis zum 1. Januar 1925 — wenn man die Novemberzulage mit einrechnet — von 9 und 8 Pf. für ein durchaus günstiges Angebot bezeichnen kann. Die Geschäftsleitung hatte außerdem erklärt, daß ein besseres Angebot vor dem Zentralschuß nicht zu erwarten sei, aber daß gar nichts herauskommen würde, hatte sich wohl niemand von den Kollegen träumen lassen. So mancher sagt nun heute: „Warum hat der erste Spruch erst abgelehnt worden?“ Aber es hat keinen Zweck, heute noch darüber zu schimpfen. Schuld daran sind all diejenigen, welche die Organisation nicht in genügendem Maße unterstützt haben, sonst hätte die Ablehnung der Vertrauensmännerstimmung auch noch nicht die üblen Folgen zeitigen können, denn dann wäre es durch Kampf möglich gewesen, einen Teil unserer Forderungen durchzusetzen. Weiterhin muß aber auch den Phrasenheben, die weiter nichts als das Wort „Streit“ im Munde führen, gesagt werden, daß sie sich unter allen Umständen über die allgemeine wirtschaftliche Lage und über die Stimmung in den Kollegentreifen unterrichten und die Aufklärungen der Geschäftsleitung nicht immer mit der Bemerkung obtun sollten: „Nur nur auf zum Kampf, die Unorganisierten werden auch schon ihren Mann stehen!“ Deshalb muß man die Kollegen ermahnen, daß sie sich ihre Vertrauensleute einmal ansehen, wie ja auch in der betreffenden Sitzung betont wurde, daß man sich die Mehrheit in der Ortsverwaltung, die für die Annahme des ersten Schiedspruches eingetreten war, ansehen sollte.

Wir müssen uns davon frei machen, die Unorganisierten als Kämpfer anzusehen, denn diese Ruhnießer der Organisation müßten, wenn es so wäre, schon längst den Weg zu uns gefunden haben, denn keiner von diesen wird ableugnen können, daß von der Organisation andauernd Erfolge erreicht worden sind. Wir müssen also auch in Zukunft auf der Wacht bleiben und bedenken, daß auch eine unbefriedigende Lohnbewegung, oder auch einmal eine Niederlage zum Siege führen kann, wenn man die nötigen Lehren daraus zieht.

Den Wankelnütigen und besonders denjenigen Kolleginnen und Kollegen, welche das Nachsehen haben, sei gesagt, daß sie nicht glauben sollen, die Organisation sei für sie erledigt, sondern daß sie angesichts der immer frecher werdenden Willkür, die auch auf den Reichsarbeitsgeberverband deutscher Kommunen und Kommunalverbände erbart, zu der Ueberzeugung kommen müssen, diesen ein „nun erst recht“ entgegenzusetzen. F. Breslau.

Neu  
Finanz  
samtag  
zum ör  
28. un  
sigen t  
überall  
diesem  
die Wa  
unserer  
wir den  
schreiben  
Da  
HeirAG.  
der Sta  
verrechn  
ist zu ein  
42 der K  
Stimmab  
rate, Be  
am 30  
29. 3. 19  
861 des  
verwaltung  
2. 207)  
§ 25 der  
bestimmu  
auf (Stu  
minister  
1924 Z.  
berechtigt  
von dem  
des § 6  
betrieber  
St. 3. 11  
Bestimmu  
R.N. L.  
13 und  
welchen  
Verordnu  
Froding  
beantrag  
sumung  
vorhande  
BerAG.  
haltung  
Abf. 2.  
Abf. 2.  
Wd. 7. 11  
noch nicht  
für den  
ausdrei  
aus sind  
auszufol  
der Best  
ist, sollen  
an der  
ausgewi  
wird dab  
die mit  
zusammen  
Arbeitneh  
betrieber  
umfäng  
3 n n e h  
drillen  
vor it a r  
besteht  
schreib  
am 30  
legt, die  
tate habe  
aus dem  
1161 fe  
den voria  
umung  
Walter  
Bestausf  
ganz be  
haben nich  
habe Vor  
Einstreiter  
bestreiter  
sicht, bi  
haben nac  
Festhalten

◆ Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter ◆

Neuwahlen zur Betriebsvertretung im Bereiche des preussischen Finanzministeriums und Ministeriums des Innern. Nach einer Bekanntgabe im preussischen Finanzministerialblatt finden die Wahlen zum örtlichen, Bezirks- und Hauptbetriebsrat am Sonnabend, den 28., und Montag, den 29. März 1925, statt. Sämtliche Wahlen erfolgen in einem Wahlgang. Es muß Aufgabe unserer Kollegen sein, überall die notwendigen Wahlvorbereitungen zu treffen, damit in diesem Jahre nicht allein restlos in sämtlichen Dienststellen in Preußen die Wahlen durchgeführt werden, sondern auch überall die Liste unserer Verbandskollegen restlos gewählt wird. Nachstehend geben wir den amtlichen Erlaß vom 14. Februar 1925 und das Wahlschreiben des Hauptwahlvorstandes vom 18. Februar 1925 bekannt:

Da die Wahlzeit der nach der Verordnung zur Ausführung des § 61 BetrMG. v. 4. 2. 1920 (RGBl. S. 147) in den unterstellten Zweigen der Staatsverwaltung v. 7. 2. 1921 (GS. S. 271) gewählten Betriebsvertretungen nach § 20 Abs. 1 der Verordnung mit dem 31. 3. 1925 endet, ist zu einer Neuwahl zu schreiten. Auf Grund der §§ 10 Abs. 1, 35 und 42 der Wahlordnung v. 18. 2. 1921 wird hiermit bestimmt, daß die Zimmabgabe zur Neuwahl der örtlichen Betriebsvertretungen (Betriebsräte, Betriebsobleute), der Bezirksbetriebsräte und des Hauptbetriebsrats am Sonnabend, den 28. 3. 1925 und am Sonntag, den 29. 3. 1925 stattzufinden hat. — Auf die die Ausführungsverordnung zu § 61 des Betriebsratsgesetzes in den unterstellten Zweigen der Staatsverwaltung v. 7. 2. 1921 ändernde Verordnung v. 12. 4. 1924 (GS. S. 207) sowie die Bestimmungen zur Abänderung der auf Grund des § 25 der vorher bezeichneten Ausführungsverordnung erlassenen Ausführungsbestimmungen v. 18. 2. 1921 und der Bestimmungen zur Abänderung der auf Grund des § 21 der Ausführungsverordnung des Preussischen Staatsministeriums v. 7. 2. 1921 (GS. S. 271) erlassenen Wahlordnung (FMBI. 1921 S. 90) wird mit dem Ertrinken besonders hingewiesen, den Wahlberechtigten und den Betriebsvertretungen in geeigneter erscheinender Weise von dem Inhalte dieser Bestimmungen Kenntnis zu geben. — Auf Grund des § 6 Abs. 2 der Verordnung werden nach Benehmen mit dem Hauptbetriebsrat die Lokalbehörden auch für das vom 1. 4. 1925 bis zum 31. 3. 1926 laufende Wahljahr ermächtigt, im Rahmen der ergangenen Bestimmungen und unter Beachtung der im Abschl. v. 6. 4. 1921 — FMBI. L. 1200; Abschn. II. E. 1307 — Abschn. II. Ziff. 1 bis 18, besonders 13 und 14, enthaltenen Gesichtspunkte selbständig zu entscheiden, bei welchen Lokalbehörden unter den Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 der Verordnung gemeinsame örtliche Betriebsvertretungen zu bilden sind. Die Provinzialbehörden, bei denen Bezirksbetriebsräte zu bilden sind, werden beauftragt, im Dienstaufsichtsweg die Innehaltung der ergangenen Bestimmungen innerhalb ihres Bezirks zu überwachen. Soweit die Wahlvorstände oder Wahlleiter nicht gewählt werden (§§ 23 Abs. 1, 58 Abs. 1 BetrMG., §§ 16, 18 Abs. 1 der Verordnung) ist unverzüglich zur Bestellung des Wahlvorstandes oder Wahlleiters (§§ 23 Abs. 2 und 3, 58 Abs. 2, 102 Abs. 3 BetrMG., §§ 16, 18 Abs. 2 der Verordnung) zu schreiten. Dabei sind die im Abschl. v. 6. 4. 1921 — FMBI. L. 1200; Abschn. II. E. 1307, — Abschn. III. Ziff. 3 und, soweit Bezirksbetriebsräte noch nicht bestanden, Ziff. 4 enthaltenen Gesichtspunkte zu beachten. — Die für den Ausgang oder die Auslegung erforderlichen Abdrücke der Wahlanschreiben für die Wahl der Bezirksbetriebsräte und des Hauptbetriebsrats sind den örtlichen Wahlvorständen oder Wahlleitern unverzüglich anzufolgen. — Wo die Bildung einer örtlichen Betriebsvertretung trotz der Bestimmungen in § 6 Abs. 2 und 3 der Verordnung nicht möglich ist, sollen die wahlberechtigten Arbeitnehmer dadurch von der Beteiligung an der Wahl des Bezirksbetriebsrats und des Hauptbetriebsrats nicht ausgeschlossen werden. Auf Grund der §§ 20 und 21 der Verordnung wird daher bestimmt, daß in solchen Fällen der Vorstand der Betriebsräte die mit der Wahl des Bezirksbetriebsrats und des Hauptbetriebsrats zusammenhängenden Wahlgeschäfte zu erledigen und der wahlberechtigten Arbeitnehmer im den roten und den grünen Stimmzettel je in einem besonderen, den zuständigen Wahlvorstand genau bezeichnenden Wahlumschlag verschlossen zur Weiterbeförderung zu übergeben hat. — Zur Innehaltung der vorgeschriebenen Fristen müssen die örtlichen Wahlvorstände oder Wahlleiter und die Bezirks- oder Wahlvorstände spätestens am Mittwoch, den 4. 3. 1925, gewählt oder bestellt sein und ihr Amt übernommen haben, und die Wahlschreiben für die Wahl der örtlichen Betriebsvertretungen spätestens am Sonnabend, den 7. 3. 1925, ausgehängt oder ausgelegt, die Wahlschreiben für die Wahl der Bezirksbetriebsräte spätestens am Sonnabend, den 7. 3. 1925, als Sonderabdruck aus dem Amtsblatt der zuständigen Provinzialbehörde veröffentlicht sein. — Es hat sich herausgestellt, daß die Wahlvorkristen bei den vorjährigen Wahlen der Betriebsvertretungen nicht überall bestimmungs- und ordnungsgemäß durchgeführt worden sind. Die festgesetzten Wahltermine sind teilweise nicht innegehalten worden, der Ausgang der Wahlschreiben usw. ist an mehreren Stellen gar nicht oder nicht rechtzeitig, die Trudschalen (Stimmzettel usw.) waren an den Wahlorten nicht überall im Besitze der Wahlberechtigten. Durch diese mangelhafte Vorbereitung sind Störungen in der Abwicklung des Wahlgeschäfts eingetreten, die zu einem Wahlprotest geführt haben. Zur Vermeidung derartiger Vorkommnisse werden die nachgeordneten Behörden ergebnisorientiert, die Wahlvorstände oder Wahlleiter bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach Möglichkeit zu unterstützen und auf Innehaltung der vorgeschriebenen Termine und Fristen hinzuwirken sowie das Wahlgeschäft

sorgsam zu überwachen. Die zur geschäftlichen Erleichterung erforderlichen Abdrücke dieses Kundertafels für die Kreisstellen, Katasterämter, Hochbauämter, Landratsämter und staatlichen Polizeiverwaltungen sowie für die Betriebsvertretungen sind beigelegt. Ingleich im Namen des Ministers des Innern. Der Finanzminister. J. W. Breyer.

Gemäß § 8 der zur Ausführung des § 61 BetrMG. v. 4. 2. 1920 (RGBl. S. 147) in den dem Preussischen Finanzminister und dem Preussischen Minister des Innern unterstellten Zweigen der Staatsverwaltung erlassenen Verordnung des Preussischen Staatsministeriums vom 12. 4. 1924 (GS. S. 207) sind von den mindestens 18 Jahre alten, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen, im Preussischen Finanzministerium, dem Preussischen Ministerium des Innern, den Oberpräsidenten, den Bezirksregierungen einschließlich der Preussischen Bau- und Finanzdirektion in Berlin, in den Kreisstellen, den Katasterämtern, den Hochbauämtern, den Landratsämtern, den staatlichen Polizeiverwaltungen einschließlich der Schutzpolizei und der Grenzkommissariate, in den Dienststellen der Schutzpolizei, die keiner staatlichen Polizeiverwaltung unterstehen, in der Justiz- und Abrechnungsanstalt für Polizeibehörden bei Gränzeide, in den Distriktskommissariaten, in der Verwaltungsdirektion sowie im Preussischen Staatlichen Landesamt beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitern und Angestellten 11 Mitglieder zum Hauptbetriebsrat beim Preuß. Finanzministerium und beim Preuß. Ministerium des Innern und ebensoviel Ersatzmitglieder zu wählen. — Wählbar sind unter den Voraussetzungen der §§ 20, 21 BetrMG. alle mindestens 24 Jahre alten rechtsangehörigen Wahlberechtigten. Gemäß § 41 Abs. 1 der Wahlordnung v. 18. 2. 1921 werden die Wahlberechtigten aufgefordert, bis zum 13. 3. 1925 Vorschlagslisten bei dem unterzeichneten Hauptwahlvorstand im Preuß. Finanzministerium, Berlin G. 2, Museumstr. 5, einzureichen. Vorschlagslisten, die später eingehen oder die nicht von mindestens drei Wahlberechtigten unterzeichnet sind, sind ungültig. — Jede Vorschlagsliste soll nach Möglichkeit wenigstens doppelt soviel wählbare Bewerber benennen, wie Hauptbetriebsratsmitglieder zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Familien- und Vor- (Nur-) Namen, Beruf und Wohnort genau zu bezeichnen. Außer dem Namen der Bewerber können die Vorschlagslisten auch ein besonderes Kennwort enthalten. — Die zugelassenen Vorschlagslisten werden nach Möglichkeit zur gleichen Zeit und am selben Orte wie die zugelassenen Vorschlagslisten für die Wahl der örtlichen Betriebsvertretungen zur Einsicht der Wähler ausliegen. — Die Stimmabgabe über die zugelassenen Vorschlagslisten findet mittels Stimmzettels aus grünem Papier gleichzeitig mit der Wahl der örtlichen Betriebsvertretungen statt. Jeder Wahlberechtigte darf nur für eine der zugelassenen Vorschlagslisten stimmen. Der Wähler, der von seinem Wahlrecht Gebrauch machen will, hat den grünen gleichzeitig mit dem weißen und roten Stimmzettel an der von dem örtlichen Wahlvorstand oder Wahlleiter bezeichneten Stelle in demselben Wahlumschlag abzugeben. Sofern eine Wahlleitung nicht besteht, sind die Stimmzettel nach Farben getrennt in verschlossenen Wahlumschlägen mit entsprechender Adresse des zuständigen Wahlvorstandes dem Dienststellenbesitzer zur Weiterbeförderung anzuhändigen. Auf die Beachtung des § 43 der Wahlordnung werden die örtlichen Wahlvorstände und Wahlleiter besonders hingewiesen.

Berlin, den 18. Februar 1925. Der Hauptwahlvorstand. Auf Grund des § 18 Abs. 1 der Verordnung zur Ausführung des § 61 des BetrMG. v. 4. 2. 1920 (RGBl. S. 147) in den dem Finanzministerium und dem Minister des Innern unterstellten Zweigen der Staatsverwaltung v. 7. 2. 1921 (GS. S. 271) hat der Hauptbetriebsrat zum Wahlvorstande gewählt: 1. Herrn Kurt Jochel, Berlin O. 27, Kappachstr. 111, — 2. Herrn Karl Pasmer, Birkenwerder bei Berlin, Margaretenstr. 1, — 3. Herrn Paul Job, Potsdam, Viktorstr. 18, — 4. Herrn Eugen Hille, Berlin-Siegloh, Fregestr. 34, — 5. Herrn Hans Dornow, Berlin-Neukölln, Junkr. 46, — 6. Herrn Paul Tabbert, Berlin-Lichtenberg, Reichstr. 4, — 7. Herrn Willi Rietze, Berlin, Lichterberger Str. 14. — Der Hauptwahlvorstand hat zu seinem Vorstehenden Herrn Hille, zu Beisitzern Tabbert und Jochel gewählt.

Berlin, den 18. Februar 1925. Der Hauptbetriebsrat beim Preussischen Finanzministerium und beim Preussischen Ministerium des Innern. G. Hille.

◆ Gas, Wasser, Elektrizität ◆

Adm. Der Gesamtbetriebsrat der städtischen Werke beschäftigte sich in seiner letzten Vollversammlung mit dem Artikel über die geplante Ferngasversorgung der rheinischen Städte. Nach dem Vortrage des Vertreters des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter wurde nach lebhafter Diskussion folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Gesamtbetriebsrat der Stadt Adm. nimmt in seiner Sitzung vom 14. Februar 1925 mit Bestimmten Reumut, daß der Plan mit dem Ziel, die Gasversorgung Rheinlands in privatskapitalistische Regie zu übernehmen, erneut aufgerissen wurde. Gegen diese Absicht protestiert der GBV mit aller Entschiedenheit. Die Versammlungen erwarten von der Stadtverwaltung sowie von den Stadtverordnetenfraktionen die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Stadt. Die Gaswerke sind unentbehrlich für ein gesundes Finanzgebaren der Kommune. Die älteren Betriebe sind nicht nur sehr rentabel, sondern sie führen große Lebenskräfte dem Stadt-



fäden zu, auf die die Stadt nicht verzichten kann. Die Privatisierung der Gaswerke bringt mit der Zeit die Stadtverwaltung in ein Abhängigkeitsverhältnis. Dieses wird auch durch die scheinbar besten Pläne nicht beseitigt. Der Gesamtbetriebsrat ruft in diesem ersten Augenblick der Kölner Bürgerchaft zu, sich zur gemeinsamen Abwehr zusammenzufinden. Die Pläne der Schwerindustrie würden sich verhängnisvoll auswirken. Die Kerngasversorgung kann und darf nur ein gemeinsames Werk der rheinischen Städte sein. In diesem Sinne hoffen wir, die Kölner Bevölkerung an unserer Seite zu finden.

**Aus unserer Bewegung**

**Blumenthal.** Von der hiesigen Gemeindeverwaltung wurden drei Arbeiter im September und Oktober 1924 vorübergehend eingestellt. Nach dem Tarif steht den Arbeitern der Lohn für alle in die Woche fallenden Feiertage zu. Dieser wurde für den Bußtag auch zeitlos bezahlt, aber nicht für Weihnachten und Neujahr. Um den Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen, wurde der Betr.ebsobmann am 3. Januar bei dem Bürgermeister vorstellig. Dieser erklärte, man solle ihn nicht mit solchen Kleinigkeiten belästigen, er bezahle das nicht. Dann ging er in Gegenwart des Betriebsobmanns ans Telefon und veranlaßte, daß die drei Arbeiter gekündigt wurden. Eine Verhandlung des Gauleiters ergab, daß die Hälfte der Feiertagslöhne ausgezahlt wurde. Unsere Ortsverwaltung hat denn alle Hebel in Bewegung gesetzt, damit die Arbeiter wieder eingestellt würden — aber vergebens. Die Arbeitervertreter im Gemeinderat hatten ihre Mitarbeit zugesagt, erreichten aber auch nicht viel. Da sie eine Niederheit darstellten. Es wurde aber erreicht, daß der Bürgermeister nicht mehr selbständig einstellen kann. — Ein anderer Fall: Ein annähernd 60jähriger Kollege, 7 Jahre in der Gemeinde tätig, verläßt durch den Verband die ihm tariflich zustehende Höhergruppirung. Dieses wird ihm ab 1. Januar zugesagt, gleichzeitig wird ihm aber erklärt, wenn er auf die Erhöhung bestünde, würde er gekündigt — Angst vor der Arbeitslosigkeit, welche sich vor seiner Sonne betreffen hat, bewog den Kollegen, seinen Antrag zurückzuziehen. So macht es ein Bürgermeister, der auf Grund seiner besten Gruppierung keine Reiz zu leiden braucht. Kollegen, macht die Augen auf, nur fester Zusammenhalt kann uns retten.

**Köln.** Die neugewählten Delegierten nahmen in einer hart bekämpften Versammlung den Geschäfts- und Kassenbericht der Kollegen Hoffmann und Schaufelberger entgegen. Aus dem Geschäftsbericht ist zu erwähnen, daß es gelang, nachdem vier Anwesenheiten geführt wurden, weitere vier Beschlüsse zur Verbesserung der Löhne durchzuführen. Insgesamt war die Zahl der Beschlüssen einschließlich der Heimer Gruppen 11. Für das Theaterpersonal (Kassenhelfer, Garderobenträger) konnten wir neue Abmachungen treffen, die als äußerst günstig bezeichnet werden müssen. Für die Rothenscheidarbeiter wurde eine Zulagenordnung zum Tarifvertrag geschaffen, die für diese Kategorie nach einem halben Jahre Kantonalen und sonstigen sozialen Zulagen führen. Bei der Aufstellung gewählter Reichsbetriebe, die für die Bekämpfung arbeiten, gelang es der Ortsverwaltung, Hebergangszulagen durchzusetzen. Weiter wurde auf Antrag unseres Verbandes die Wahl- und Schlichtungskommission eingeschränkt, an deren Stelle wurden die älteren Reichsarbeiter und Arbeitsbeschäftigte weiter beschäftigt. Auch eine Reihe örtlicher Verbesserungen fanden die Zustimmung der Versammlung. Aus dem Kassenbericht ist zu erwähnen, daß eine ständige Mitgliederzunahme zu verzeichnen ist. Das 4. Quartal lag an Einnahmen 26.544,85 M., Ausgaben (örtlich) 9221,48 M. Arbeitslosenunterstützung 260,80 M., Krankenunterstützung 2021,40 M., Sterbeunterstützung 246 M., an die Hauptkasse abgeführt 13.497,71 M. (im bar), Ortskassenbestand 8825,17 M. Mitgliederzahl 5115. Kollege Schaufelberger erwähnte zum Schluß die Unterfabriker, die Beiträge pünktlich einzuliefern. Mit Ausnahme von zwei Kollegen, die freiwillig zurücktraten, wurde der alte Vorstand mit großer Mehrheit wiedergewählt. Neugewählt wurden die Kollegen Heintzen und Hoppel. Erweitert wurde der Vorstand durch Zuwahl des Kollegen Gothe und Büfer. Zum Vorstandsmitglied wurde Kollege Ungersdorf wiedergewählt. Die Zusammenkunft des Vorstandes erfolgte nicht nach Traditionen, sondern nach Betreiben, und wir hoffen, auch im kommenden Jahre von dem Aktivismus freikom zu bleiben.

**Köln.** In der Generalversammlung am 21. Januar 1925 gab Kollege Raagel den Geschäftsbericht des verwichenen Jahres. Dann folgte der Kassenbericht des Kollegen Dumke. Der Jahresablich der Volkshilfe ist folgender: Einnahme 821,76 M., Ausgabe 627,21 M., bleibt Bestand 194,55 M. Einnahme der Harpifosse 1411,15 M., Ausgabe 265,40 M. Der Mitgliederbestand am Schluß des Jahres 1924 betrug 178 Mitglieder. In den Vorstand wurden gewählt: Raagel, 1. Vorsitzender, Kockenberger, 2. Vorsitzender, Karl Ferkopp, Schriftführer, Emil Dumke, Kassierer. Es folgte dann ein Bericht über die letzte Ortsauschließung von Kollegen Schullz. Zum Schluß berichtete Kollege Ostwaldt über die Verhandlungen des Tarifvertrages in Berlin am 15., 16. und 17. Januar 1925.

**Verbandsteil**

**Zum Tode des Reichspräsidenten Ebert hat unsere Internationale das folgende Telegramm am 28. Februar 1925 entsandt:**

**Bureau des Reichspräsidenten, Berlin, Wilhelmstraße.**  
**Im Namen und im Auftrage des Internationalen Sekretariats der Arbeiter öffentlicher Betriebe und Verwaltungen, sich Amsterdam, dem angeschlossen sind die Länder Belgien, Deutschland, Dänemark, England, Frankreich, Holland, Schweden und die Schweiz, übermitteln wir Ihnen hiermit unser herzlichstes Beileid.**

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**

**Internationale Rundschau**

**Schweden.** (Hjalmar Branting f.) Innerhalb einer Woche hat die internationale sozialistische Arbeiterbewegung zwei ihrer bedeutendsten Führer und mit ihnen zwei europäische Staaten ihre besten Staatsmänner verloren. Unserem Hjalmar Ebert im Tode voraus ging am 24. Februar 1925 der schwedische Ministerpräsident Hjalmar Branting. Im Gegensatz zu dem Preletarier Ebert kam Branting von der Bourgeoisie zum Sozialismus. Er wurde im Jahre 1869 als Sohn wohlhabender Eltern geboren. Seine Mutter entstammte einer reichen Adelsfamilie. Branting studierte an der Universität Upsala Astronomie und wurde Mitglied an der Sternwarte in Stockholm. Als Zwanzigjähriger machte er eine Europareise. Bei dieser Gelegenheit kam er auch mit den Führern des Sozialismus in Deutschland in Berührung. Nach Schweden zurückgekehrt, ging er sofort daran, eine Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen und gründete das heute noch führende schwedische Arbeiterpartei „Sozialdemokraten“. Mehrere Jahre lang war er in den Jahren 1896-1899 tätig als erster Sozialdemokrat in den schwedischen Reichstagen. In dieser Zeit ist Branting der wichtigste Führer der schwedischen Arbeiterbewegung gewesen, genau wie auch in Schweden heute nicht mehr zu verkennen ist. Wie nahe Branting auch der Gewerkschaften stand, das zeigt sich u. a. im Jahre 1909, als die schwedische Arbeiterbewegung eine intransigente Gewerkschaftsleitung überbrückte. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß Branting in seiner politischen Tätigkeit in Schweden eine nationale Idee verfolgte. Da aber es Branting der Idee der Einheit nach Deutschland kam, sich langsam nach und nach der internationalen Arbeiterbewegung für die Unterstützung des schwedischen Sekretariats begeisterte. Wenn die deutsche Arbeiterbewegung 2000.000 Mark für ihre schwedischen Kameraden anbot, so ist dies zu einem großen Teile der Unterstützung Brantings, der auch deutsch sprach, zu danken. Während des Krieges waren seine Sympathien bei der Entente gegen das kaiserliche Deutschland. Als aber nach dem Kriege führender Staatsmann in Schweden und Delegierter im Völkerbund wurde, ist er wiederholt für die Interessen Deutschlands, insbesondere gegen die Bedrückung der belagerten deutschen Gebiete, emporgetreten und hat den Völkern in Deutschland in den Völkerbund mit freudigen Händen. Gleich Ebert setzte sich auch Branting großes Ansehen nicht nur in seinem Heimatlande, sondern auch in der ganzen politischen Welt erworben. So betrachtet das internationale Sekretariat in dem die verschiedenen einen großen Freund und Führer, der in der Geschichte des Sozialismus unvergessen bleiben wird. (G. H.)

**Rundschau**

**Arbeit und Ruhe.** Die medizinische Statistik hat festgestellt, daß Patienten aus den freien Berufen (Ärzte, Rechtsanwälte, Kaufleute) ihre verbleibenden Leben bis zu 30 Frey, der Heilberufstätigen schreiben haben. Das gleiche gilt von der Handarbeit. Das erklärt die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Landesgewerkschaften mit Recht eine neue Bewegung der Arbeiter nach wirtschaftlichen Grundlagen, die nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Produktion ist. In welcher Weise die Heberanforderung bei der Arbeit auf die Gesundheit einwirkt zeigt die Tatsache, daß in der genannten Statistik die nicht betagten Arbeiter nur mit 1% an den gleichen Jahren beteiligt sind.



**Eingegangene Schriften und Bücher**

**Ossendowski und die Wahrheit.** Von Ewen Hedin. Brockhaus-Verlag, Leipzig. Preis 2 RM.

Ewen Hedin, der auf Jahrzehntelangen wiederholten Reisen in Innerasien, insbesondere in dem verschlossenen Land Tibet, die großen Entdeckungen gemacht hat, hat zum erstenmal in seinem Buch „Von Peking nach Moskau“ sich in dem Kapitel „Ein literarischer Seitenhieb“ mit dem Buch „Tiere, Menschen und Götter“ des polnischen Professors Dr. Ferdinand Ossendowski kritisch beschäftigt. Die Ausführungen Ewen Hedins wurden von Ossendowski und seinen Vertretern mit größter Schärfe zurückgewiesen; Ewen Hedin wurde des Brotweibes beschuldigt und sogar als ein Agent Sowjetrußlands hingestellt. Es ist begreiflich, daß Ewen Hedin diesen Angriffen gegenüber, die im Grunde nicht nur seine persönliche, sondern auch seine wissenschaftliche Ehre berührten, nicht ruhig stehen konnte. Er sammelte das ihm überreich zufließende Material, und das wichtigste daraus legt er in seiner obengenannten Schrift vor. Er schreibt in seinem Vorwort: „Mir liegt vor allem daran, daß in Deutschland, wo die Pflege der Geographie mit am höchsten steht und wo ich meine hauptsächlich geographische Ausbildung empfangen habe, meine Verdienste und meine Ansichten voll erkannt werden. Gerade der geographische Forscher muß Wahrheit und Lichtung streng voneinander scheiden.“ Den Haupttrumpf bringt Ewen Hedin am Schluß seiner Schrift. Durch einen besonderen Glückszufall ist es ihm gelungen, den hiesigen Nachweis zu führen, daß der Inhalt des letzten Kapitels des Werkes „Tiere, Menschen und Götter“, das die Ueberschrift „Das Mysticism der Wüstereien. Der König der Welt“ führt, ungeniert aus dem Buch eines vor mehr als einem Jahrzehnt verstorbenen geistreichen Franzosen Saint-Pues d'Aubert entnommen ist, das 1910 unter dem Titel „Mission de l'Inde en Europe“ erschien. Es ist in der Tat erstaunlich, mit welcher Unversehrtheit der polnische Doktor sich die Gedanken des Franzosen zu eigen gemacht hat. Man darf sagen, daß durch diesen Nachweis Ossendowski als Schriftsteller ein für allemal erledigt ist. Ewen Hedin macht auf die Gefahr aufmerksam, die die „Ossendowski-Schule“ für die Kultur hat. Er schließt mit den Worten: „Ich wende mich an das Rechtsgefühl, an den Geschmack und die gesunde Vernunft des lesenden Publikums, wenn ich es eindringlich davor warne, die schlechten literarischen Erfindungen zu unterstützen, die den Untergang der abendländischen Kultur beschleunigen, statt ihn aufzuhalten.“

Die Geldentwertung in den Jahren 1914—1924, mit vergleichenden Tabellen der Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfs-

artikel sowie einer Uebersicht über die Entwicklung der Löhne und Gehälter. Unter Benützung amtlichen Materials zusammengestellt und bearbeitet von Konrad Guntz Pfullingen 1925. Verlag G. Knapp u. Cie. Preis brosch. 1 RM.

Das Werk bringt zunächst kurze Darstellungen von Wesen und Ursache der Inflation, um dann in übersichtlicher Form die Entwicklung der Preise in der Kriegs- und Inflationszeit an den wichtigsten Gegenständen des täglichen Bedarfs zu zeigen. Das überaus reichhaltige Zahlenmaterial, das hier angeführt und vertwert ist, basiert auf amtlichen Mitteilungen und Erhebungen. In gleicher Weise ist ein statistischer Uebersicht über die Entwicklung der Löhne und Gehälter gegeben. Aus dem Inhalt sei als besonders interessant erwähnt: Wesen und Ursache der Inflation, die Warenpreise 1914—1924, Weltproduktion und Weltmarktpreis von industriellen Rohstoffen und Brotgetreide 1913 und 1919—1924, Lohn- und Gehaltsbewegung 1913 und 1921—1924, Indexnummern, Geldwert der Scheine der Inflation am Ausgabebetrag, der amtliche Dollarkurs 1914—1924. Das Werk wird namentlich im Hinblick auf die Aufwertungsfrage gute Dienste leisten und eignet sich besonders für Agitations- und Unterrichts-zwecke. Darüber hinaus aber soll es die Erinnerung an die wirtschaftlichen Ereignisse und Zusammenhänge in den für Deutschland so schweren und verhängnisvollen Jahren 1914—1924 aufrechterhalten. Das Werkchen kann zur Anschaffung bestens empfohlen werden.

**Kunst und Leben.** 17. Jahrgang 1925. Ein Kalender mit 53 Originalzeichnungen und Originalholzschnitten deutscher Künstler und Berfen und Sprüchen deutscher Dichter und Denker. Berlin-Zehlendorf: Frh. Heyder. 3 Goldmark.

Dieser mit seinem Verbands als zusammengestellte Kunstkalender ist zugleich eine kleine Jahreschau zeitgenössischer Kunst. Jeder Sonntag bringt das Schwarz-Weiß-Kunstblatt eines zeitgenössischen Künstlers von Kunst. Wir finden Zeichnungen von Balthus, Cifari, Steiner-Brug, Liebermann und vielen anderen, jeder eine Künstler-Persönlichkeit, ein Programm, ein Bestimmtes, „Richtungen“ voneinander hier zu einem Geleben. Und neben den Malern Dichter und Denker aus Gegenwart und Vergangenheit; Herkstrücke, Gebichte und Zeitworte, ausgewählt mit feinem Gefühl für wirklich Wertvolles, Seelentiefes und Kraftgebendes; Mannigfaltigkeit auch hier. Schönheit wie im Preis des Jahres. Es ist eine feine Freude, ein Genuß für Auge und Herz, diesen Kalender zu durchblättern, und ein Born, an dem wir uns auf der Wanderfahrt durch das neue Jahr wohl erquiden können. Wir bedauern nur, daß uns der Kalender so spät zur Besprechung zugesandt wurde, möchten aber wünschen, daß er trotzdem noch viel Verbreitung in unserem Leserkreise findet.

**Hermann Engel, Berlin, Landsberger Straße 85-87**

Neu eingetroffen:

Neu eingetroffen:

**Die schönsten Frühjahrs-Modelle**

**Covercoat - Mäntel**, reich mit Tressen u. Juessengarnierung 12,75, 12,90 9<sup>00</sup>  
**Tuchmäntel**, reich mit Lacet gestreift und tiefen verziert . 29,50, 25,00, 19<sup>00</sup>

**Rips-Mäntel**, sehr moderne Formen 54,00 49<sup>00</sup>  
**Kunstseid. Ottomane - Mäntel** in braun und schwarz 42<sup>00</sup>

**Donegal-Sportkostüme**, 25,00 25<sup>00</sup>  
**Reinwoll. Cheviottröcke**, dunkelblau, grün u. br., reich m. Tress. garn. 3<sup>00</sup>

**Reinwollene Hüpskleider** in vielen Farben mit langem Arm 19<sup>75</sup>  
**Cröpe de Chine-Kleid** mit Maierel od. Peristicker. Kasackf. 33,75 29<sup>75</sup>

Trotz meiner bekannt billigsten Preise biete ich Ihnen erleichterte Zahlungsbedingungen ohne jedwede Preiserhöhung, und bitte ich Sie, von meiner neuen Einrichtung Gebrauch zu machen. Auskunft gibt Ihnen gern meine Rechnungsabteilung im I. Stock.

**Zur Einsegnung**

**105 cm breiter, reinwoll. Cheviot**, schw. r. z. und farb. . . . . Meter 7<sup>25</sup>  
**130 cm breiter Gabardine, Ia Woll**, schwarz und farb. . . . . Meter 7<sup>25</sup>  
**70 cm breiter Lindenor Velvet** florrest. schwarz und farb. . . . . Meter 9<sup>50</sup>

**Cheviotkleider**, schwarz und marine mit reicher Stickerei u. Tressengarnierung, z.T. Kasackf. 14,75 9<sup>25</sup>  
**Reinwoll. Gabardinekleider**, schwarz, braun und marine. 16<sup>75</sup>

**Schwarzes Sammetkleid**, aus best. Körpervelvet, reich bestickt, Größe 90 . . . . . 19<sup>25</sup>  
**Blauer Jagdflanzanzug**, 1 und 2 reihig, Größe 9 . . . . . 23<sup>75</sup>

**Damen-Toghemd** mit Mohlsaum u. Lochstickerei u. Stoffblende . . . . . 7<sup>00</sup>  
**Weibe Herren-Overhemden** mit Piqué-Einsatz . . . . . 8<sup>00</sup>  
**Kasackher-Breitfräcke** 130/160 . . . . . 3<sup>00</sup>

**Madras-Garnitur**, hellfarbig, dreiteilig . . . 10,00, 13,50, 8,50 5<sup>25</sup>  
**Tüll - Gardinen**, dreiteilig 12,50, 9,50, 8,50 3<sup>75</sup>  
**Eramine-Halbstoren** mit breit. Einsatzen . . . 8,50, 5,50, 3,50 1<sup>95</sup>

**Mossul-Teppich** doppel seitig, Perser Must. schwere Qualität . . . 18<sup>00</sup> 19<sup>75</sup> 48<sup>00</sup> 77<sup>00</sup> 88<sup>00</sup> 105<sup>00</sup> 142<sup>00</sup>  
**Wollwisch-Teppich** Kasack's Perser- und Gobelin-Muster . . . 12<sup>00</sup> 62<sup>00</sup> 94<sup>00</sup> 110<sup>00</sup> 130<sup>00</sup> 190<sup>00</sup>

	65/125	90/100	105/125	200/200	220/220	240/250	300/400
Mossul-Teppich	18 <sup>00</sup>	19 <sup>75</sup>	48 <sup>00</sup>	77 <sup>00</sup>	88 <sup>00</sup>	105 <sup>00</sup>	142 <sup>00</sup>
Wollwisch-Teppich	12 <sup>00</sup>	62 <sup>00</sup>	94 <sup>00</sup>	110 <sup>00</sup>	130 <sup>00</sup>	190 <sup>00</sup>	

**Stieppdecken**, Satin, in allen modernen Farben 24,00, 19,75, 17<sup>00</sup>  
**Wanddecken**, Perser und Gobelin-Muster 24,-, 19,50, 12,50, 9<sup>75</sup>  
**Läuferstoffe**, gestreift und Jacquard . . . 8,50, 5,25, 2,60 1<sup>95</sup>

Die Versandabteilung erledigt umgehend alle Aufträge. — Nichtgefallendes wird ohne weiteres zurückgenommen.

In der Sammlung  
**Schriften zur „Aufklärung und Weiterbildung“**

herausgegeben vom VERBAND DER GEMEINDE-  
UND STAATSARBEITER sind bisher erschienen:

- Heft 1: Ansätze zur Einführung in die Psychologie.** Von W. LUKAS, Essen.
- Heft 2: Sammelweis** (vergriffen).
- Heft 3: Naturentwicklung und Weltanschauung.** Von JOH. GUT, Berlin.
- Heft 4: Biologie — die Wissenschaft vom Leben.** Von JOH. GUT, Berlin.
- Heft 5: 1. Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland 2. Kommunalisierung, Enkommunalisierung, Sozialisierung.** Von FRITZ MÜNTNER, Berlin.
- Heft 6: Die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften** Von EMIL DITTMER.
- Heft 7: Soziale Gedichte.** Von A. PETZOLD, W. LAND, MAX BARTHEL, BRUNO SCHÖNLANK, W. BULAN, MAX DORTU, ERNST TOLLER u. a.
- Heft 8: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschichts. 1. Teil.** Von JOH. GUT, Berlin.
- Heft 9: Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschichts. 2. Teil.** Von JOH. GUT, Berlin.
- Heft 10: Sozialisten und Arbeiterführer.** Kurze Biographie über MARX, BEBEL, LEHLEN u. a.
- Heft 11: Der Entlassungsschutz von Betriebsratsmitgliedern und Betriebsobmannen.** Von RUDOLF WECK, Berlin-Friedrichshagen.
- Heft 12: Warum brauchen wir Gewerkschaften?** Von OSKAR KURPAT, Leipzig.
- Heft 13: Die Entwicklung des Kapitalismus.** Von WILLY SCHATZ, Leipzig.

Die Preise für die Hefte 1 bis 4 und 8 bis 13 sind 0,40 RM., für die Hefte 5 bis 7 0,25 RM. Für Gewerkschaftsmitglieder nur 0,25 bzw. 0,15 RM.

**Abteilung Bücher und Schriften.**  
Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, BERLIN SO. 33, Schlesische Straße 42.

**„DER FIRN“**

Sozialistische Rundschau.

Schriftleiter: Ernst Niekisch, Berlin-Charlottenburg.

Erscheint wöchentlich Sonnabends.

Bezugspreis vierteljährlich (13 Hefte) 2,50 Mark.

Man bestelle bei der Post oder einer Buchhdlg. am Wohnort.

**Der Prozeß des Reichspräsidenten**

Bearbeitet von Karl Brammer, nebst juristischen Gutachten von Vizekanzler a. D. Friedrich v. Payer, Reichsjustizminister a. D. Prof. Dr. Gustav Radbruch, Reichsjustizminister a. D. Eugen Schiffer, Prof. Dr. Hugo Sinsheimer u. a.

Preis 4,— Mark bei portofreier Zusendung

Zu beziehen durch die

**Abteilung Bücher u. Schriften**  
Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter  
Berlin SO 33, Schlesische Straße 42

**KÖNIGE  
DER INFLATION**

Von  
**PAUL UFERMANN**

Aus dem Inhalt: Zur Naturgeschichte des neuen Reichtums — Die Inflation und ihre Wirkung — Hugo Stinnes — Alfred Ganz — Friedrich Minoux — Camillo Castiglioni — Kleinere Emporkömmlinge u. a.

Preis in Halbleinen gebunden 2,50 Mark

**FÜR VOLK  
UND VATERLAND**

Von  
**PH. SCHEIDEMANN**

Auszüge  
aus offiziellen Reden und Erklärungen der Sozialdemokratischen Partei

Preis 2,50 Mark

Zu beziehen durch die

**ABTEILUNG BÜCHER UND SCHRIFTEN**  
BERLIN SO 33  
SCHLESISCHE STRASSE 42